Einzelpreis 30 Pfg. • 4. Jahrgang | Mittwoch, 8. Juni 1921 | Nummer 261 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 11 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 35 M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Berlin Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.
Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Frontwechsel der Landwirtschaft!

Der Ruf nach der Schließung der Grenzen

Mit Ausnahme des Getreides haben die Erzeugnisse der einheimischen Landwirtschaft die Weltmarktpreise erreicht und teilweise sogar überschritten. Beim Getreide werden sie in den nächsten Monaten erreicht werden, wenn die teilweise Freigabe durch das Umlageverfahren erfolgt. Es war seit langem klar, daß die Landwirte in dem Augenblick, in dem sie die Weltmarktpreise für ihre Erzeugnisse erhalten, ihre Front wechseln und an die Stelle des Rufes nach freier Wirtschaft den Ruf nach dem Schutz der einheimischen Landwirtschaft vor der Konkurrenz des Auslandes ertönen lassen würden.

Schneller noch als zu erwarten war, ist das eingetreten. In der „Deutschen Tageszeitung" veröffentlicht der Führer des Reichslandbundes, Freiherr von Wangenheim, einen Artikel „Der Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft". Neben der Forderung nach Beseitigung der Arbeitszeitbeschränkung und der Forderung nach „Aenderung der Steuergesetzgebung, Erhaltung und Stärkung der Betriebsvermögen, soweit wie möglich indirekte Steuern", verlangt er am Schluß:

„Auf die wirtschaftspolitischen Fragen, welche der Reichslandbund zu bearbeiten hat, soll zunächst nicht näher eingegangen werden; **es sei nur darauf hingewiesen, daß rechtzeitig dafür zu sorgen ist, daß der schaffenden Arbeit in Deutschland der unbedingt notwendige Schutz gegen einen vernichtenden Wettbewerb des Auslandes gesichert werden muß.**"

Der „vernichtende Wettbewerb" des Auslandes taucht also genau wie vor dem Kriege wieder auf. Und zwar als der Versuch, die Schließung der Grenzen durchzusetzen, damit die Agrarier die ungenügende Produktion im Inlande zur hemmungslosen Steigerung der Preise benutzen können. Die Agrarier treffen sich mit diesem Verlangen mit den Industriellen. Der Verein für Zuckerindustrie hat ebenfalls vor einigen Tagen die Forderung nach der Auferstehung des Schutzzolls für Zucker erhoben!

•

Es ist außerordentlich charakteristisch und beleuchtet die innerste Natur der preußischen Regierung, daß die Rede des preußischen Landwirtschaftsministers im Ministerium Stegerwald in ihren Zügen und in ihrem ganzen Gedankengang eine außerordentliche Aehnlichkeit mit dem Artikel des Führers des Reichslandbundes aufweist. Auch die Ankündigung des notwendigen neuen agrarischen Schutzzolles ist in dieser Rede enthalten. Es heißt in ihr:

„Mit der Annäherung der Inlandpreise landwirtschaftlicher Erzeugnisse an die Weltmarktpreise werden die durch den unbeständigen Wert unseres Geldes vergrößerten Preisschwankungen des Weltmarktes sich auf den inländischen Märkten geltend machen. **Die hieraus entspringenden produktionshemmenden Einflüsse können allerdings nicht von den Ländern, sondern nur vom Reich abgewendet werden.**"

Daher die Begeisterung der Agrarier für das Ministerium Stegerwald, das sich so als eine ausgesprochene Regierung der äußersten wirtschaftlichen und politischen Reaktion sehr rasch enthüllt hat.

Die preußische Regierung

In der preußischen Etatdebatte hat Ministerpräsident Stegerwald zweimal das Wort ergriffen. Genosse Oskar Cohn hat an dieser Rede treffende Kritik geübt. Man muß Herrn Stegerwald nach seinen Ausführungen als einen Mann betrachten, der unter keinen Umständen gegen die Rechte, am liebsten mit ihr regieren möchte. In diesem Sinne scheint er sein Ministerium orientieren zu wollen, und deshalb will er alles daransetzen, um die Rechtssozialisten aus der Regierung auszuschalten. Denn Herr Stegerwald weiß natürlich genau, daß die Rechtssozialisten trotz der Bereitschaft eines Teils ihrer Führer gegenwärtig mit der Stinnespartei nicht in eine Koalition gehen können, weil das die Arbeiter nicht dulden würden. Wenn er also die Bedingung stellt, daß zuerst eine „tragfähige Majorität" geschaffen sein müsse, bevor er an eine Regierungsumbildung herantrete, so bedeutet das in Wirklichkeit, daß die Rechtssozialisten aufs neue um die versprochene Beteiligung an der preußischen Regierung geprellt werden sollen.

Herr Stegerwald macht sich damit zum Vorspann jener bürgerlichen reaktionären Bestrebungen, die im Reiche wie in Preußen um jeden Preis den rechtsbürgerlichen gegen den rechtssozialistischen Einfluß verstärken wollen. Versucht doch auch Herr Stresemann, der Führer der Deutschen Volkspartei, auf jede Weise seine Partei wieder an die Regierung zu bringen, in der Erkenntnis, daß dann die Abwälzung der neuen Lasten auf die Besitzlosen eine viel leichtere Sache wäre. Es ist dabei sehr nett, daß Stresemann in einem Artikel des „8 Uhr-Abendblattes" den „Bestrebungen monarchischer Natur" in der Deutschen Volkspartei „keine aktuelle Bedeutung" beilegt. Sie stellen nur „grundsätzlich gegnerische Anschauungen" dar; seine Partei sei vielmehr eine verfassungstreue Partei, die „nur grundsätzlich nicht in der Republik die höchste Weisheit der Staatsform" erkennt. Da nun bei Nationalliberalen Grundsätze das sind, was man in die Tasche steckt, verleugnet Herr Stresemann, um nur seine Regierungsfähigkeit zu erweisen, also ausdrücklich seine monarchistische Gesinnung und bestätigt Herrn Petersens Wort, daß der Monarchismus für die Deutsche Volkspartei nur „eine Schaufensterpuppe" sei. Wir haben freilich nie daran gezweifelt, daß die Stresemänner auch republikanischer Gesinnung fähig sind, wenn sich damit momentan das bessere Geschäft machen läßt.

Die Politik Stegerwalds und Stresemanns bedeutet aber natürlich, daß nicht nur für die preußische, sondern auch für die Reichsregierung dadurch eine kritische Lage geschaffen wird. Stresemann kann nämlich bei seiner Minierarbeit auf die Unterstützung der Demokraten, wie die Rede Petersens gezeigt hat, mit ziemlicher Bestimmtheit rechnen, während andererseits die Rechtssozialisten es schwer dulden können, daß ihre Koalitionsfreunde im Reich zugleich ihre Feinde in Preußen sind. In Preußen aber steht ihnen kein unmittelbar wirkendes Druckmittel zur Verfügung, da die gesamte Rechte das Ministerium Stegerwald unterstützen will. Sie können also die Kabinettsfrage nur im Reiche stellen. Und Stresemanns Spekulation geht offenbar dahin, daß namentlich die Demokraten lieber die ihnen unsympathische Reichsregierung als die preußische Regierung auffliegen lassen werden. Denn auch die Demokraten sehnen sich nach dem „Schutzverband für das Portemonnaie" mit der Deutschen Volkspartei.

Jedenfalls erfordert die Situation eine Klärung. Die Politik Stegerwalds bedroht die Existenz Wirths. Das Zentrum wird nicht umhin können, eine Entscheidung herbeizuführen. Gelingt es diesen bewährten Parteidiplomaten nicht oder wollen sie es nicht, so werden schließlich Neuwahlen über Links- oder Rechtspolitik, über Besitz- oder Verelendungssteuern entscheiden müssen.

Oberschlesien

Die Vorgänge in Oberschlesien schaffen immer neue Erregung. Schuld daran ist vor allem die schreckliche Langsamkeit, mit der die Alliierten die Maßnahmen zur Beendigung des Aufstandes und zur Wiederherstellung ruhigerer Verhältnisse treffen. Es war daher erklärlich, daß die deutsche Bevölkerung zur Selbstverteidigung geschritten ist. Es wäre aber gefährlich, wenn nun etwa dieser Selbstschutz, statt sich auf die notwendige Abwehr zu beschränken und dabei im Einvernehmen mit der Alliierten Kommission vorzugehen, sich als Retter Oberschlesiens gegenüber den polnischen Aufständischen fühlen würde. Die Entscheidung über Oberschlesien kann nicht durch lokale Kämpfe zwischen polnischen Aufständischen und deutschen Verteidigern entschieden werden und Konflikte, die durch das Vorgehen des Selbstschutzes mit der Alliierten Kommission entstehen würden, würden die Entscheidung nicht zugunsten, sondern nur zu ungunsten Deutschlands beeinflussen. Es ist wieder einmal ein ganz verantwortungsloses Treiben, wenn namentlich die rechtsstehende Presse Oel ins Feuer zu gießen sucht und eine gewissenlose Provokationspolitik betreibt. Wir möchten umgekehrt hoffen, daß die Differenzen zwischen dem Kommandierenden des Selbstschutzes, General Höfer, und der Interalliierten Kommission möglichst schnell beigelegt werden. Sache der Alliierten ist es jetzt aber endlich dafür zu sorgen, daß das unglückliche Gebiet jetzt endlich Ruhe erhält und endlich gemäß dem Resultat der Abstimmung Gewißheit über seine Zukunft bekommt.

Die deutschen Vorstellungen in London und Paris

EE. **Paris**, 7. Juni.

Der deutsche Botschafter Dr. Meyer überreichte gestern der französischen Regierung eine Note als Antwort auf die Note der Interalliierten Kommission an General Höfer. Die Note hat den gleichen Inhalt wie die von Botschafter Dr. Stahmer im Foreign Office überreichte.

Einer Meldung des „Temps" zufolge hat die englische Regierung der deutschen Regierung geantwortet, daß **alliierte Streitkräfte, die der Plebiszitkommission in Oberschlesien zur Verfügung stehen, demnächst in genügend großer Anzahl vorhanden sein werden, um die gegenwärtige Unordnung zu unterdrücken.** Die deutschen Vorschläge, den alliierten Truppen zur Hilfe zu kommen, würden die Schwierigkeiten eher vergrößern als vermindern.

Preissenkung und Lohnabbau

In den knappen Anmerkungen, die wir zu den einzelnen Nachrichten über die gegenwärtig über England dahingehende Streikwelle machen konnten, haben wir mehrfach auf die Erscheinung hingewiesen, daß sich die englischen Gewerkschaften fast überall nicht grundsätzlich gegen die Absicht der Lohnkürzungen wehren, die in fast allen Industriezweigen den Ausgangspunkt der Kämpfe bildet, sondern häufig ohne Widerstand in recht erheblich erscheinende Lohnkürzungen willigen. Zu Arbeitseinstellungen kommt es nur dort, wo das Unternehmertum die günstige Gelegenheit der ungewöhnlich großen Arbeitslosigkeit zu benutzen trachtet, um Lohnkürzungen in einer Höhe durchzusetzen, die von den Gewerkschaften abgelehnt werden muß. Kurz: der Kampf der englischen Arbeiter geht um das Maß der Lohnkürzungen, nicht gegen Lohnkürzungen überhaupt.

Zwei Gründe sind für diese Haltung der englischen Gewerkschaften maßgebend. Zunächst ist in England in der Tat — trotz hoher Löhne und ohne voraufgegangene Senkung der Löhne, was sich die deutschen Unternehmer und auch manche Gewerkschafter bei uns merken mögen — eine nennenswerte Senkung der Lebenshaltungskosten eingetreten. Die amtlichen Lebensmittelmeßziffern konnten in jüngster Zeit eine Verminderung von 179 auf 141 aufweisen. Die Kaufkraft der Löhne hat somit in England zugenommen, die Lebenshaltung der Arbeiter hat sich gebessert. Die Nominallöhne waren indes auch in England vor der Senkung der Lebensmittelpreise nicht so hoch, daß sie die Arbeiterschaft befriedigen konnten. Bei höchsten Lebensunterhaltskosten und höchsten Löhnen war die Lage der Arbeiter noch immer schlechter, als zur Zeit vor dem Kriege. Darum wehrt sich die englische Arbeiterschaft gegen eine mechanische Anwendung der Methode der gleitenden Lohnberechnung, die zur Folge haben würde, daß die Löhne genau in dem Maße vermindert werden, wie die Senkung der Lebensmittelpreise es den Unternehmern nötig erscheinen läßt. Trotz furchtbarer Arbeitslosigkeit kämpfen die englischen Gewerkschaften dafür, daß trotz einer Verminderung der Nominallöhne eine Steigerung der Reallöhne, eine Vermehrung der Kaufkraft der Lohnsumme und damit eine Erweiterung des Lebensspielraumes der Arbeiterschaft gesichert werde.

Daß die englischen Arbeiterorganisationen eine Senkung der Lohnsummen nicht grundsätzlich bekämpfen, erklärt sich daraus, daß in fast allen maßgebenden Lohnvereinbarungen in England die Methode der gleitenden Lohnskala Anerkennung gefunden hat. In zahlreichen Tarifen sind Normen der Lohnberechnung nach dieser Methode festgelegt. In vielen Fällen wird die Erhöhung und Herabsetzung der Löhne in einer Geldsumme, in anderen Fällen in Prozentsätzen des Lohnes ausgedrückt. In den meisten Tarifen wird, wie aus einer Uebersicht der „Labour Gazette", dem amtlichen Organ des Arbeitsministers, hervorgeht, eine Bevorzugung der niedriger bezahlten Arbeitergruppen bei der Steigerung der Löhne nach Maßgabe der Preissteigerungen vorgesehen. Mit solchen und ähnlichen Bestimmungen wollen die Vereinbarungen einer allzu mechanischen und uniformen Anwendung der Methode vorbeugen.

Auf diesen Gedanken gestützt, führen die englischen Gewerkschaften jetzt ihren Kampf gegen die von den Unternehmern erstrebte radikale Senkung der Löhne, ohne daß sie in der Lage wären, das von ihnen selbst in den Tarifen anerkannte Prinzip gänzlich zu verwerfen. Dieser entschiedene Widerstand der Arbeiterschaft gegen den Mißbrauch eines zugunsten der Arbeiter und Angestellten anerkannten Prinzips zum Nachteil der Lohn- und Gehaltsempfänger hat nun die gemeinsame Körperschaft der Arbeiter- und Unternehmerverbände, die auch in England in ähnlicher Form wie unsere „Arbeitsgemeinschaft" besteht, veranlaßt, sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Das Ergebnis der Beratungen ist ein Plan für die Lohnkürzungen, dessen Leitgedanke es ist, daß die Kürzung erst nach der Senkung der Lebenshaltungskosten und in der Weise eintritt, daß die Kaufkraft des verbleibenden Lohnes größer ist als vor der Preis- und Lohnsenkung. Der Lohnabbau soll stets dem Preisabbau folgen. Die auch in England mehrfach geäußerte Ansicht, der Lohnabbau müsse dem Preisabbau vorangehen, jener müßte diesen erst möglich machen, sei durch Erfahrungen der letzten Zeit als widerlegt zu betrachten. Damit ist der Widerstand der Arbeiter gegen das von vielen Unternehmern geplante Abwürgen der angeblich zu hohen Löhne als berechtigt anerkannt.

Eine ähnliche Tendenz der Entwicklung des Verhältnisses der Löhne und Gehälter zu den Lebenshaltungskosten, wie sie durch diese Entscheidungen und Kämpfe in England angebahnt sind, zeigt sich auch in den Vereinigten Staaten. Die offiziellen Aufzeichnungen über die Bewegung der Preise und Löhne im Staate New York für die Zeit von 1914 bis 1921, die soeben veröffentlicht werden, gestatten einen gut informierenden Vergleich der beiden Kurven. Der Stand vom Juni 1914 ist bei den Berechnungen für die Lebensmittelpreise wie für die Löhne gleich 100 gesetzt worden. Die beiden Kurven zeigen nun bis gegen

Ende des Jahres 1919 ein beständiges Zurückbleiben der Lohnkurve hinter der Preiskurve. Von jetzt ab überholt die Kurve der Löhne die Kurve der Lebenshaltungskosten und beide erreichen im ersten Drittel des Jahres 1920 ihren Höhepunkt. Die Kurve der Preise steht jetzt auf 220, die der Löhne auf etwa 225. Die Kurve der Löhne hält sich bis gegen Ende des Jahres 1920 auf dieser Höhe, während die Kurve der Lebenshaltungskosten nach sehr kurzer Zeit rapide zu sinken beginnt. Diese Senkung der Lebensmittelpreise beginnt bereits um die Mitte des Jahres 1920, und sie verwandelt sich sehr schnell in einen Sturz der Preise, der die Inderziffern bis zum Februar 1921 auf 160 senkt. Die Senkung der Lohnkurve beginnt erst im letzten Viertel des Jahres 1920 und senkt sich dann ebenfalls verhältnismäßig rasch, aber nur bis auf 210. Diesen Stand hat sie im Februar 1921 erreicht, also zu der Zeit, als die Kurve der Lebenshaltungskosten bereits auf 160 angelangt war. Das zeigt, daß auch hier trotz der Senkung des Geldlohnes eine Steigerung der Kaufkraft der Lohnsumme eingetreten ist, so daß auch die Arbeiter und Angestellten bei verminderten Löhnen und Gehältern am Vorteil der Verminderung der Lebenshaltungskosten einen erheblichen Anteil hatten.

Diese Vorgänge und Entscheidungen sind für die deutsche Arbeiterschaft äußerst bedeutsam und lehrreich. Auch bei uns wird behauptet, daß sich die Lebershaltungskosten zu vermindern beginnen. Eben wird wieder offiziell berichtet, daß sich die Reichsinderziffer für die Lebenshaltungskosten nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts im Monat Mai auf 880 ermäßigt hat. Im Vormonat hatte sie 894 betragen, im Monat Januar d. J., dem bisher teuersten Monat, 924. Diese durchschnittliche Senkung wird in dem offiziellen Bericht selbst als mäßig bezeichnet. Aber das hindert die deutschen Unternehmer nicht, sie als Begründung für ihre Forderung nach dem Lohnabbau zu benutzen, wie die Vorgänge im Mansfelder Revier zeigen, über die wir an anderer Stelle des Blattes berichten.

Selbst wenn diese mäßige Verminderung der Lebenshaltungskosten nicht nur eine vorübergehende Erscheinung wäre, der bald neue Steigerungen der Inderziffern folgen werden — selbst dann müßte der Forderung der Profitgeier entgegengehalten werden, daß die bisherigen Löhne in den weitaus meisten Fällen das Existenzminimum nicht erreicht hatten. Die gegenwärtig gezahlten Nominallöhne waren nicht imstande, die einfachsten Bedürfnisse der Lohn- und Gehaltsempfänger an Nahrung, Kleidung und Wohnung zu befriedigen. Erst wenn eine nennenswerte Senkung der Preise eintritt, steigert sich bei gleichbleibender Lohnsumme der Reallohn so weit, daß er den Lebenshaltungskosten entspricht, wovon wir bisher noch unendlich weit entfernt sind. Bis dieser Stand erreicht ist, sind zur schnelleren Herbeiführung dieser Ausgleichung sogar weitere Lohnerhöhungen erforderlich, die sich im übrigen, wie wir schon andeuteten, auch durch neue Preissteigerungen nötig machen werden. Jeder Versuch, eine Senkung der Löhne — etwa unter Berufung auf England oder auf die deutschen Inderziffern — muß sehr energisch zurückgewiesen werden. Die deutsche Arbeiterschaft hat viel eher als die deutschen Unternehmer Veranlassung, sich auf die Ereignisse in England und Amerika zu berufen, denn gerade dort zeigt sich gegenwärtig, daß die Angleichung der Löhne an sinkende Preise nicht jenes glatt aufgehende Rechenexempel ist, für das viele es halten. Dort wird erkennbar, wie vorsichtig und wie wenig mechanisch die Berechnung von Löhnen nach den Kosten der Lebenshaltung vorgenommen werden muß. Die deutsche Arbeiterschaft hat aber um so weniger Anlaß, auf Lohnkürzungen auf Grund von scheinbaren Preissenkungen einzugehen, weil die Methode der gleitenden Lohnberechnung bei uns nie zur Anwendung gekommen ist, um ein angemessenes Steigen der Löhne herbeizuführen.

Der Kampf um den Lohnabzug im Mansfelder Revier

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Halle, 7. Juni.

Am Montag tagte unter dem Vorsitz des früheren preußischen Ministers Severing in Halle ein Schiedsgericht, um über die Lohndifferenzen mit der Mansfelder Gewerkschaft zu entscheiden. Die Mansfelder Gewerkschaft hat bekanntlich den Tarif gekündigt und die Löhne um 6 M. die Schicht herabgesetzt und sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen durchgedrückt. Die Vertreter der Arbeiterschaft haben sich gegen diese ungeheuerliche Zumutung gewehrt, weil noch kein Abbau der Lebensmittelpreise zu spüren ist. Die Preise sind im Gegenteil für viele Lebensmittel gestiegen. Eine endgültige Einigung konnte nicht erzielt werden, weshalb das Schiedsgericht zu einer Vertagung der Angelegenheit kam. Durch eine paritätische Kommission soll aus den Werken der Mansfelder Gewerkschaften Erhebungen über die angedeutete Unrentabilität der Werke, mit denen der Lohnabzug bekanntlich zu begründen versucht wird, angestellt werden. Den Direktoren der Mansfelder Gewerkschaften wurde der Vorwurf gemacht, daß sie die Bilanz verschleiert haben, um die Wirtschaftslage der Mansfelder Gewerkschaften als schlecht hinzustellen. Der auf der Grundlage dieser Erhebungen gefällte Schiedsspruch soll dann am 1. Juni in Wirksamkeit treten.

Ein Lohnabzug muß auf alle Fälle verhütet werden, nicht nur, weil von einer Verminderung der Lebensmittelpreise nicht die Rede sein kann, sondern auch weil die Behauptung von der „Unrentabilität" nicht stichhaltig ist. Selbst wenn gegenwärtig eine Verringerung der Profite eingetreten sein sollte, so darf nicht vergessen werden, daß auch die Mansfelder Grubenbesitzer während des Krieges und nach dem Waffenstillstand Unsummen verdient haben, ohne daß sie daran gedacht hätten, die Arbeiter und Angestellten an dieser „Rentabilität" teilnehmen zu lassen durch entsprechende Erhöhung der Löhne. Die jüngst erfolgten Veröffentlichungen des Reichsarbeitsministeriums über die Arbeiterlöhne in der Kriegszeit haben gezeigt, daß die Behauptung von den hohen Kriegsverdiensten in das Reich der Legende gehört.

Von erheblicher Unverschämtheit zeugt ferner die Berufung auf die Senkung der Lebensmittelpreise. Selbst wenn es eine solche gäbe, so wäre darin noch kein Grund für Lohnherabsetzungen zu sehen. Eine Verminderung der Lebenshaltungskosten würde ein allgemeines Aufatmen, ein Gefühl der Befreiung von beklemmendem Druck hervorrufen. Die Arbeiterschaft soll nach dem Willen der Unternehmer auch daran keinen Anteil haben, sondern in der bedrückten Lage erhalten bleiben, indem ihnen die Steigerung der Kaufkraft des Lohnes Pfennig für Pfennig nachgerechnet und gestrichen wird.

Gegen diese Unverschämtheit können die Gewerkschaften nicht rechtzeitig und nicht energisch genug Front machen.

Was Landwirte Steuern zahlen

Ein Lehrer, der einer der Rechtsparteien angehört, schreibt uns aus seinen persönlichen Beobachtungen:

„Als ich kürzlich in meinem Heimatsorte in der Neumark einen mehrwöchigen Urlaub verlebte, da kamen täglich bekannte Landwirte zu mir und baten mich, ihnen die Steuererklärung auszufüllen. Dabei erfuhr ich nun die interessante Tatsache, daß für den gesamten Lebensunterhalt einer Person pro Jahr die Summe von — sage und schreibe — 1800 M. eingesetzt wird. Das ist der vom Landbund vorgeschlagene und von der Regierung genehmigte Satz. (Bis vor kurzem betrug er 1500 Mark!) Wie kommt der Landbund zu dieser grotesken Zahl? Und wie kann eine Regierung dazu ihre Genehmigung erteilen? Diese empörende Summe läßt sich doch wohl nur dann errechnen, wenn der Produzent das von ihm verbrauchte Pfund Butter mit zwei Mark, das von ihm verzehrte Ei mit 15 Pfg. usw. berechnet, während der Konsument dafür den zehnfachen Betrag aufwenden und versteuern muß. Ist das nicht eine grenzenlose Verhöhnung aller Nichtproduzenten? Hierher möge Herr Dr. Wirth sein Augenmerk zuerst richten. Er möge dafür sorgen, daß die lächerliche Summe von 1800 Mark als Existenzminimum der Landwirte umgehend verschwindet und durch eine gerechtere Zahl ersetzt wird. Schon der dreifache Betrag, der gewiß nicht zu hoch gegriffen ist und mit dem kein Konsument auch nur entfernt so gut leben kann wie der kleinste Landwirt, würde dem Staate ungezählte Millionen bringen und ihn der Sorge um neue Steuern, wenn nicht ganz, so doch zum Teil entheben. Wenn freilich die Regierung in ihrer unbegreiflichen Nachsicht gegenüber dem ländlichen Besitz weiterhin verharrt, dann wird es so bleiben, daß der Landbriefträger ein Vielfaches an Steuern zahlt wie der reiche Bauer und der wohlhabende Kossät."

Der arbeitsunfähige Steuerausschuß

Aus parlamentarischen Kreisen geht der Stegerwaldschen Zeitung „Der Deutsche" eine Zuschrift zu, die lebhafte Klage darüber führt, daß die Mehrheit dieses Ausschusses und seine Leitung Verschleppungstaktik bei Besitzsteuerfragen betätigt. Das sei insbesondere dadurch geschehen, daß die für Montag, den 6. Juni, angesagte Sitzung abgesagt und auf den 15. Juni vertagt worden sei. In der Zuschrift heißt es weiter:

„Während die Festbesoldeten längst ihre Einkommensteuer zu zahlen haben, können weite Kreise der Besitzenden sich immer noch der Besitzsteuer entziehen. In einer der Ausschußsitzungen wurde regierungsseitig mitgeteilt, daß bestimmte landwirtschaftliche Kreise förmlich Steuersabotage treiben. Von den landwirtschaftlichen Abgabepflichtigen im Kreise Sensburg haben 90 v. H. gegen die Veranlagung zum Reichsnotopfer Einspruch erhoben. In diesen Dingen muß Klarheit und Ordnung geschaffen werden. Der Reichstag hätte allen Grund, zu veranlassen, daß sein Steuerausschuß in diesem Sinne sich betätigt. Die Festbesoldeten sind jedenfalls nicht gewillt, zu dulden, daß den Vermögensbesitzern es ermöglicht wird, sich der Steuerzahlung zu entziehen."

Die Klage ist durchaus berechtigt. Es ist nicht das erste Mal, daß die bürgerlichen Parteien, auch das Zentrum, im Steuerausschuß Sabotageversuche unterstützt haben. Zum Verständnis für die plötzliche Absage der Sitzung sei darauf hingewiesen, daß der Vorsitzende dieses Ausschusses der deutschnationale Abgeordnete Obersohren ist und tonangebendes Mitglied der Abgeordnete Helfferich!

Einführung des Umlageverfahrens für Getreide beschlossen

Erhebliche Verschlechterungen des Gesetzentwurfs

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages ist gestern die Entscheidung zugunsten des Umlageverfahrens gefallen, nachdem die Anträge der Rechten auf völlig freie Wirtschaft und der Linken auf Zwangswirtschaft mit Haftpflicht der Landwirte mit wechselnden Mehrheiten abgelehnt worden waren. Aus der allgemeinen Debatte verdient festgehalten zu werden, daß ein Redner der Deutschnationalen verlangte, daß die durch die Preissteigerung erfolgten Mehrgewinne unter allen Umständen der Landwirtschaft bleiben müssen. Die darauf begonnene Spezialdiskussion zeigte eine außerordentlich bedenkliche Neigung der Mehrheit, den ohnedies sehr ungenügenden Gesetzentwurf über das Umlageverfahren so stark zu verschlechtern, daß es lediglich als Kulisse für die freie Wirtschaft dient. Bleibt die Mehrheit des Ausschusses bei diesen Absichten, so werden scharfe Auseinandersetzungen im Plenum die notwendige Folge sein. Ueber die Verhandlungen des Ausschusses unterrichtet folgender Bericht:

Abg. Kahmann (Soz.): Den Landwirten ist es gelungen, ihre Goldhypotheken abzulösen, sie haben also den Nutzen des Goldes gehabt, ohne einen entsprechenden Gegenwert zu leisten. Ich halte den Zeitpunkt der Monopolisierung der landwirtschaftlichen Produktion für gekommen. Werden — entgegen dem Gesetzentwurf — die Länder und Gemeinden nicht haftbar gemacht, wie es der Reichsrat will, dann wird der Wert des ganzen Umlageverfahrens hinfällig. Meine Fraktion müßte dann zu der Sache erneut Stellung nehmen. Wie soll der nach Aufbringung der Umlage noch fehlende Rest an Brotgetreide herbeigeschafft und zu welchem Preise soll er verkauft werden? Es bedarf unbedingt gesetzlicher Garantien dafür, daß die Lohn- und Rentenempfänger gemäß der Preissteigerung höhere Bezüge erhalten. Es gibt nur die Wahl zwischen freier und Zwangswirtschaft, und triftige Gründe sprechen für das Festhalten an der letzteren.

Reichsernährungsminister Hermes: Für den Uebergang zum Umlageverfahren sind ausreichende Getreidereserven vorhanden, nicht aber für den Uebergang zur freien Wirtschaft. Die Inderkommission für die Preisfestsetzung des Getreides wird nicht vor dem 14. d. M. zusammentreten können, da die Entwicklung der Produktionskosten bis kurz vor der Ernte beobachtet und der Beratung der Kommission zugrunde gelegt werden muß. Für die Reichsgetreidestelle betragen die Verwaltungskosten 83 Mill. bei der Geschäftsabteilung und 10 Mill. Mark bei der Verwaltungsabteilung, wozu noch die Aufwendungen der Kommunen kommen. Die Einfuhr, die im Vorjahr 2½ Mill. Tonnen betrug, soll sich möglichst unter 2 Mill. Tonnen halten.

Zum Schluß der Generaldebatte wurde über die Anträge der Deutschen Volkspartei auf sofortige Einführung der freien Bewirtschaftung und des rechtssozialistischen auf Beibehaltung der Zwangswirtschaft abgestimmt. Der die freie Wirtschaft befürwortende Antrag wurde gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei, der Deutsch-Nationalen und der Demokraten mit 15 gegen 10 Stimmen, der Antrag auf Festhalten an der Zwangswirtschaft gegen die Stimmen der Sozialisten abgelehnt. Damit ist grundsätzlich das Umlageverfahren beschlossen.

Bei der darauf folgenden Spezialdebatte über den Gesetzentwurf kam es bei Annahme eines Antrags Blum (Zentr.), wonach die Umlage von 3 Mill. Tonnen auf 2½ Mill. Tonnen ermäßigt werden soll, zu einer erregten Debatte, in welcher von den Abgeordneten Schmidt, Käppler (S. P. D.) und Dr. Hertz (U. S. P. D.) scharf kritisiert wurde, daß der Ernährungsminister sich überhaupt nicht geäußert habe, als durch den Beschluß des Ausschusses die Regierungsvorlage weiter verschlechtert und die Umlage von 3 auf 2,5 Millionen Tonnen herabgesetzt wurde. Zu § 4 wurde auf Antrag Dr. Hertz (U.-Soz.) hinzugefügt, daß die Vertreter der Erzeuger und Verbraucher in den nach näherer Bestimmung der obersten Landesbehörden zu bildenden Ausschüssen, welche die Entscheidung über Beschwerden gegen die Festsetzung des Liefersolls haben, von den Gemeindevertretungen zu wählen sind. Die Paragraphen über die Gestaltung der Reichsgetreidestelle wurde vom Ausschuß angenommen. Gemäß einem vereinigten Antrage Thiel (D. V. P.) und Hertz (U.-Soz.) wurde beschlossen, daß zu dem Aufsichtsrat Arbeitnehmervertreter gehören, von denen je einer bestimmt wird vom Allgemeinen Gewerkschaftsbund, dem Afabund, dem Deutschen Beamtenbund, dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften und dem Gesamtverband der deutschen Angestellten und Gewerkschaften. Weiterberatung Mittwoch.

Aufhebung der Pressefreiheit

Die Kommunisten haben im Preußischen Landtag einen Antrag eingebracht, der „Roten Fahne" für die widerrechtliche Beschlagnahme und die Unbrauchbarmachung der Rotationsmaschine durch den Staatsanwalt eine Entschädigung zu zahlen. Der Antrag kam dieser Tage im Rechtsausschuß des Landtages zur Beratung. Die Rechtssozialisten stellten dabei den Antrag, den Staatsanwälten zu untersagen, künftighin Rotationsmaschinen unbrauchbar zu machen, um das Erscheinen strafverdächtiger Zeitungen zu verhüten. Der Antrag wurde gegen die Stimmen aller bürgerlichen Parteien, also auch der Demokraten und des Zentrums, abgelehnt. Die bürgerlichen Parteien machten sich den Standpunkt der Deutschnationalen zu eigen, daß die Zerstörung der Druckmaschinen durch einen Staatsanwalt nicht gegen die Pressefreiheit verstoße (!!!). Sie haben sich dabei von dem Gedanken leiten lassen, daß die Staatsanwälte eine derartige Maßnahme gegen bürgerliche Zeitungen nie anwenden werden, auch wenn sie in der schwersten Weise gegen die Strafgesetze verstoßen sollten. Und was die bürgerlichen Parteien nicht brennt, das blasen sie nicht. Die Tatsache, daß das Verbot, welches der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Herr Hörsing, gegen das berüchtigte reaktionäre Organ in Halle ausgesprochen hatte, vom Reichsrat sofort wieder rückgängig gemacht worden ist, spricht allein schon Bände für die parteiliche Behandlung der Presse. Dadurch, daß der Rechtsausschuß des Landtags den Staatsanwälten das Recht einräumt, Rotationsmaschinen zu zerstören, wird die Pressefreiheit, die die Verfassung gewährleistet, faktisch außer Kraft gesetzt. Gegen diesen Willkürakt müßte die gesamte Presse einmütig protestieren.

Die Erfüllung des Ultimatums

Auflösung der Selbstschutzbanden

Berlin, 7. Juni.

Wie bekannt, hatte die Interalliierte Militärkontrollkommission von der deutschen Regierung bis zum 30. 5. die Einreichung einer Liste derjenigen Selbstschutzorganisationen verlangt, die die Regierung in Anwendung des Gesetzes vom 22. 3. 1921 aufzulösen beabsichtigt. Der Kommission ist mit Rücksicht auf die Bedingungen des Ultimatums vom 5. 5. d. Js. fristgemäß eine Liste übersandt worden, die die Organisation Escherich, die ostpreußischen Wehren und die bayerischen Einwohnerwehren enthielt.

Die Kommission hat hierauf erwidert, daß die Liste unvollständig sei, da sie nicht alle Selbstschutzorganisationen enthalte, die nach den Pariser Beschlüssen in Verbindung mit dem Ultimatum aufzulösen seien. Die deutsche Regierung hat darauf geantwortet, daß nach ihrer Kenntnis und den Mitteilungen der Landesregierungen die übersandte Liste sämtliche in Deutschland bestehenden nach den genannten Bestimmungen aufzulösenden Organisationen umfasse. Sie hat darauf hingewiesen, daß die in zahlreichen Orten Deutschlands früher vorhandenen, mit Militärwaffen versehenen, aber inzwischen entwaffneten Organisationen durch die Erlasse der Landesregierungen über die Auflösung der Einwohnerwehren überall — außer in Bayern und Ostpreußen auch aufgelöst seien und aufgehört hätten, zu bestehen. Durch ein Rundtelegramm seien die Regierungen der Länder ersucht, sofort nachzuprüfen, ob sich etwa Organisationen der Verpflichtung zur Auflösung entzogen haben. Wo dies der Fall sein sollte, würde alsbald die Auflösung auf Grund des Gesetzes vom 22. 3. bewirkt werden.

Ausschreitungen in Ostrowo

Berlin, 7. Juni.

In Ostrowo haben am 2. Juni schwere Ausschreitungen gegen die deutschen Bürger stattgefunden, denen erst durch Eingreifen von Militär ein Ende gemacht werden konnte.

Bereits vor Eintritt dieser Deutschenverfolgungen war das Posener Teilministerium vom deutschen Konsul darauf aufmerksam gemacht worden, daß sich an einigen Orten Posens eine Bewegung gegen das Deutschtum vorbereite. Um so weniger zu entschuldigen sind die jetzt aus Ostrowo gemeldeten Ereignisse. Auf sofortige Vorstellungen des Konsuls bedauerte und verurteilte der Vizeminister zwar die Vorgänge und versicherte, alles tun zu wollen, um eine Wiederholung zu verhindern. Gleichzeitig aber erklärte er, darauf aufmerksam machen zu müssen, daß es infolge der Vertreibung polnischer Arbeiter aus Westfalen und aus der Niederlausitz im ganzen Abstimmungsgebiet gegen die Deutschen gäre.

Demgegenüber ist festzustellen, daß die im Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen die polnische Regierung binden, die dem polnischen Reiche überantworteten deutschen Minderheiten nachdrücklichst und unter allen Umständen gegen Uebergriffe der national-polnischen Mehrheit zu schützen. Pogrome gegen deutsche Minderheiten können durch nichts entschuldigt und dürfen von der polnischen Regierung nicht geduldet werden. Der deutsche Geschäftsträger ist angewiesen, dies in Warschau zum Ausdruck zu bringen. Andererseits darf die Erregung über das unmenschliche Vorgehen der polnischen Insurgenten in Oberschlesien nicht dazu führen, daß etwa versucht wird, Vergeltung an im deutschen Reich lebenden, an jenen Vorgängen schuldlosen Polen zu üben. Ein solches Vorgehen würde ungerecht sein und nur dazu dienen, den nationalistischen polnischen Elementen Anlaß zu neuen Angriffen gegen unsere in Polen wohnenden Landsleute zu geben und damit deren ohnehin schon schwierige Lage noch weiter zu verschärfen. Die vom polnischen Vizeminister behaupteten Vorgänge in Deutschland unterliegen gegenwärtig der Nachprüfung.

Ein „großer" kommunistischer Sieg. Auf dem Kongreß der sozialistischen Partei Uruguays wurden 1200 Stimmen für die Annahme der 21 Bedingungen und 100 Stimmen dagegen abgegeben. Die 100 Delegierten, welche gegen die Bedingungen gestimmt haben, haben beschlossen, aus der Partei auszutreten.

Heute Zahlabend in Groß-Berlin!

Beamte und Minister

Unbedingte Unterordnung unter den Willen der Vorgesetzten war früher das Grundprinzip des Beamtenverhältnisses. Im alten Regime war den Beamten darüber hinausgehend auch jede politische Betätigung verboten. Insbesondere wenn sie in sozialistischem oder auch nur demokratischem Sinne erfolgte. Wo ein Beamter vor dem November 1918, und sei es auch nur als Nachtwächter, sich politisch oppositionell zu betätigen wagte, da wurde er Knall und Fall aus dem öffentlichen Dienst entlassen.

Die Revolution erst hat den Beamten die Möglichkeit der politischen Betätigung verschafft. Es steht ihnen jetzt das verfassungsmäßige Recht auf freie politische Meinungsäußerung zu, doch wird durch den § 10 des Beamtengesetzes den höheren Ministerialbeamten eine besondere Zurückhaltung in den Angelegenheiten auferlegt, die sie selbst dienstlich in leitender Stellung zu bearbeiten haben. Sie sollen jede Stellungnahme gegen die politischen Richtungen ihrer Minister oder der Reichsregierung vermeiden.

Das scheint neuerdings aber nur insoweit verlangt zu werden, als diese Stellungnahme nicht gegen sozialistische Minister gerichtet ist. Wie der am Montag vor der Disziplinarkammer in Potsdam verhandelte Fall des Vortragenden Rats im Reichsarbeitsministerium, Geh. Regierungsrat Dr. Ponfick, zeigt. Dieser Herr hatte gegen den preußischen Landwirtschaftsminister Braun in der Presse persönliche Ausfälle veröffentlicht und sich deshalb ein Disziplinarverfahren zugezogen, wegen Verstoßes gegen § 10 des Beamtengesetzes und Ungehorsam gegen eine Verfügung des Reichsarbeitsministers, die zur Innehaltung dieses Paragraphen aufforderte. Trotzdem in der Verhandlung festgestellt wurde, daß der Angeschuldigte gegen das Verbot seines Vorgesetzten, des Reichsarbeitsministers, gehandelt hat, begnügte sich das Gericht, mit der geringsten zulässigen Strafe unter Zubilligung sämtlicher nur denkbaren „mildernden Umstände". Zugunsten des Angeklagten — eines hohen Beamten! — wurde insbesondere — irrtümliche Verfassungsauslegung — angenommen, trotzdem die gesamte Rechtsprechung stets auf dem Standpunkt gestanden hat — insbesondere bei Arbeitern —, daß Unkenntnis des Gesetzes vor Strafe nicht schützt. Vor Gericht meinte der Beschuldigte allerdings:

> Der Prozeß werde der Grundstein für die politische Meinungsäußerung der Beamten sein. Wenn auch im Falle einer Freisprechung das Gericht Anfeindungen ausgesetzt sein werde, erwarte er sie doch, da auch eine Verwarnung der Sozialdemokratie Oberwasser bringe. **Er sei auf Kaiser und König vereidigt und habe andere Ideen, wie die Männer, die den Vertrag von Versailles unterschrieben hätten.**

Das Gericht folgte ihm und bestrafte ihn lediglich mit einer Verwarnung. In dieser milden Beurteilung darf man wohl die Meinung des Gerichtes erblicken, daß Pöbeleien gegen sozialistische Minister, wenn sie von königstreuen Beamten ausgesprochen werden, anders zu bewerten sind, als im umgekehrten Falle.

•

Nach Mitteilungen, die dem „Vorwärts" aus zuverlässiger Quelle zugegangen sind, zeichnet er folgendes Bild von der Persönlichkeit dieses Herrn:

In den Kriegsjahren 1916 bis 1918 war Herr Dr. Ponfick Leiter der Handelsabteilung der Stadt Wilna. Wenige Wochen vor Ausbruch der deutschen Novemberrevolution stellte sich heraus, daß bei der Handelsabteilung der Stadt Wilna mit beträchtlicher Unterbilanz gearbeitet wurde, die 7 336 377,18 M. betrug. Als nun am 5. November seine Entlassung durch den Stadthauptmann in Wilna mit Genehmigung des Soldatenrats erfolgte, wurde der letzte Satz aus dem Zeugnis, das ihm der Stadthauptmann mitgab, und der lautete: „Er hat seinen schwierigen Posten mit großem Fleiß, praktischem Blick und gutem Erfolg ausgeführt", vom Soldatenrat gestrichen und durch folgende Bemerkung ersetzt:

> „Wenn auch ein gegen ihn eingeleitetes Verfahren noch unter der alten Regierung eingestellt worden ist, so sind dadurch doch nicht die Zweifel beseitigt, die in einem sehr großen Kreise gegen die Lauterkeit seiner Geschäftsführung erhoben werden.
>
> gez.: Drei Unterschriften."

Dieses Zeugnis wurde charakteristischerweise durch den Stadthauptmann in Wilna schleunigst beseitigt und durch das alte ersetzt, mit dem sich Herr Dr. Ponfick alsbald nach Potsdam begab.

Reform des Hebammenwesens

Unentgeltliche Geburtshilfe

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Dresden, 7. Juni.

In der heutigen Sitzung des Sächsischen Landtages wurde ein Antrag der Unabhängigen Fraktion angenommen, baldigst ein Gesetz, über die Reform des Hebammenwesens vorzulegen, das insbesondere die beamtete Stellung der Hebammen und damit die unentgeltliche Geburtshilfe vorsieht.

Die Vertreter der Bürgerlichen sprachen sich lebhaft gegen diese Verstaatlichung aus. Der Minister des Innern, Genosse Lipinski, stellte in Aussicht, auf die Reichsregierung entsprechend einzuwirken. Schließlich könnte man auch auf den Paragraphen zurückgreifen, der es den Ländern freiläßt, durch besondere gesetzgeberische Maßnahmen die Hebammen zu besolden.

Die Angst vor der Ansteckung

Unsere Auffassung von der Stellung der Richtung Stegerwald innerhalb der Zentrumspartei und der christlichen Arbeiterbewegung, die wir in der Abendausgabe vom Dienstag darlegten, wird bestätigt durch Vorgänge auf einem Vertretertag der christlichen Gewerkschaften im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, der in Düsseldorf stattfand. Dort wurden gegen die von Erzberger vertretenen Ideen die gleichen Befürchtungen laut, die Dr. Brauer ausgesprochen hat.

Auch die christlichen Gewerkschaftsvertreter rücken also von Erzberger ab. Aus den knappen Berichten gehen die Motive für diese Ablehnung der Erzbergerschen Ideen noch nicht deutlich hervor, aber auch hier scheint die Angst vor der fortschreitenden Erkenntnis der Klassenlage unter den christlichen Arbeitern maßgebend zu sein. Schon längst macht sich unter den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften infolge ihres Zusammenwirkens mit den Mitgliedern der freien Gewerkschaften in den Betriebsräten und beim Abschluß von Tarifverträgen die Tendenz zu einer Annäherung zwischen den christlichen und den sozialistisch orientierten Arbeitern fühlbar, und diese Erscheinung ist den Bonzen in den christlichen Gewerkschaften natürlich ein Dorn im Auge. Sie müssen deswegen alles abzuwehren versuchen, was diese Neigungen ihrer Mitglieder stärken könnte. Das scheinen sie von den Vorschlägen Erzbergers zu befürchten, obwohl wir den Eindruck haben, daß sie ihn und seine Ideen damit erheblich überschätzen.

Sollten indes die christlichen Gewerkschaften nur darum gegen Erzbergers Vorschläge Bedenken haben, weil sie mit den freien Gewerkschaften die Gewinnbeteiligung und jeden verwandten Unsinn ablehnen, so sind wir gern mit ihnen einverstanden. Aber daran glauben wir nicht, bevor es sich nicht einwandfrei herausstellt.

Kommunistischer Radau im Waldenburger Revier

Die „Dena" meldet: Am Dienstag vormittag kam es beim Einfahren der Belegschaften im Waldenburger Kohlenrevier zu kommunistischen Ansammlungen, in denen die **Fortführung des Streiks beschlossen** wurde. Als die Belegschaften auf Grund des Beschlusses der Streikleitung ihre Tätigkeit aufnehmen wollten, gruppierten sich an den verschiedenen Schächten eine Reihe von Kommunisten, die den Zutritt der Arbeiter zu verhindern suchten. Teilweise sind die Belegschaften in die Schächte eingefahren.

Um 9 Uhr vormittags fand erneut eine Versammlung der kommunistischen Arbeiter statt, in der die Forderung aufgestellt wurde, daß bis 12 Uhr **ein Beschluß der Betriebsräte** herbeizuführen sei, den Streik weiter zu führen. Sie drohten mit Absetzung der Streikleitung, an deren Stelle eine neue gewählt werden solle, die den Streik fortzusetzen habe. Von den zuständigen Behörden sind alle Schutzmaßnahmen in die Wege geleitet worden. Zur Sicherung der Arbeitswilligen wurde bereits Schutzpolizei eingesetzt.

Die Drohungen sind nach neuesten Meldungen inzwischen in die Tat umgesetzt worden. **Die bisherige Streikleitung ist durch eine kommunistische ersetzt worden.** Gleichzeitig wurden **kommunistische Aktionsausschüsse und Kommissionen** gebildet, die für die **Besetzung der Schächte** Sorge tragen. Arbeitswillige werden von der Arbeit ferngehalten. Unter den Agitatoren wurden bereits auswärtige Führer aus dem Ruhrgebiet und Mitteldeutschland festgestellt.

Wenn auch nicht alle schauerlichen Einzelheiten dieser Nachricht zutreffen werden, so haben wir es dennoch mit einer Aktion des oft von uns gegeißelten gewerkschaftlichen Putschismus der Kommunisten zu tun. Alle Merkmale dieses Unsinns sind vorhanden, so die „Besetzung der Betriebe" und die Wahl von „Aktionsausschüssen". Jetzt fehlt nur noch, daß die Zentrale der V. K. P. den Waldenburger Spektakel zum Ausgangspunkt der Weltrevolution erklärt. Falls solche Meinungen bestehen sollten, möchten wir den kleinen Walter Stoecker und seine Berater darauf aufmerksam machen, daß das Waldenburger Revier im Rahmen der deutschen Wirtschaft wie der Kohlenwirtschaft der Welt eine sehr untergeordnete Rolle spielt. Das wird ihnen wahrscheinlich nicht bekannt sein, aber es erscheint uns doch als ein Umstand, der bei der vielleicht bevorstehenden „Aktion" immerhin einige Beachtung verdient.

Ein Mißgriff

Ueber einen recht seltsamen Vorgang in München, bei dem der dortige französische Gesandte von einem Schutzmann gestellt und um Legitimation ersucht wurde, wird amtlich aus München mitgeteilt: Der französische Gesandte Dard besichtigte am Sonnabend vormittag unerkannt vom Hofgarten aus das Haus Galleriestr. 6, weil er dieses als Wohnung für sich zu mieten beabsichtigte. Dies fiel Passanten auf. Ein Herr in Zivil, ein früherer sächsischer Offizier, sprach den französischen Gesandten an, ohne ihn zu kennen. Er frug ihn, ob er jemanden von den Hausbewohnern sprechen wolle. Der französische Gesandte verneinte dies und entfernte sich. Der Zivilist wandte sich hierauf an einen Schutzmann und ersuchte ihn unter Bezugnahme auf seine Beobachtungen die Person des unbekannten Herrn, der sich inzwischen auf eine Bank im Hofgarten gesetzt hatte, und in dem er einen Ausländer erkannt hatte, festzustellen. Der Schutzmann ging in Begleitung des Zivilisten zu der Bank und ersuchte den Unbekannten um die Legitimation. Dieser wies sich als der französische Gesandte Dard aus, worauf der Schutzmann in ganz korrekter Weise sich sofort mit dem Bemerken entschuldigte, er hätte selbstverständlich eine Legitimation nicht verlangt, wenn er die Person des Gesandten gekannt hätte. Der Gesandte hat von sich aus sofort jede Beteiligung des Zivilisten in der Angelegenheit abgelehnt und ihn weggeschoben. Alle übrigen Angaben stehen mit den Tatsachen nicht im Einklang. Das Staatsministerium des Aeußeren hat Veranlassung genommen, wie dies auch bei jedem Vertreter einer anderen Macht erforderlich gewesen wäre, dem französischen Gesandten das lebhafteste Bedauern darüber auszusprechen, daß sich dieser auf dem Irrtum eines Privatmannes beruhende Zwischenfall zugetragen hat.

Daß sich die bayerische Regierung entschuldigt hat, war nur ihre Pflicht. Aber wie geht es zu, daß harmlose Straßenpassanten in München von der Polizei behelligt werden, nur weil sie „als Ausländer erkannt" worden sind? Das sind Umgangsformen, die sich weder für einen Polizisten, noch für einen „ehemaligen sächsischen Offizier" gehören. Sie sollten beseitigt werden, und zwar nicht nur im Verkehr mit ausländischen Diplomaten, sondern überhaupt.

Der Rechtsausschuß des Preußischen Landtages lehnte am Montag abend die kommunistischen Anträge ab, die Bestattungskosten für den Maschinisten Sylt auf die Staatskasse zu übernehmen und den Hinterbliebenen eine Rente zu gewähren, sowie den unterdrückten kommunistischen Zeitungen für den ihnen zugefügten Schaden aus Staatsmitteln in vollem Umfang Ersatz zu leisten. — Der Ausschuß für das Siedlungs- und Wohnungswesen nahm den deutschnationalen Antrag an, schleunigst die erforderlichen Maßnahmen in die Wege zu leiten, damit in wesentlich stärkerem Maße als bisher durch Neubauten der Wohnungsnot gesteuert wird.

Zum englischen Bergarbeiterstreik. Die Leitung des englischen Bergarbeiterverbandes hat die Bergarbeitervertreter für Donnerstag oder Freitag abend zu einer Konferenz einberufen, auf der die Lohnvorschläge vorgelegt und die Abstimmung vorgenommen werden soll.

Der Bürgerkrieg in Irland. Durch Bombenwürfe gegen einen Güterwagen, in dem Soldaten befördert wurden, wurde in Dublin ein Knabe getötet, 8 Zivilpersonen und 2 Polizisten wurden verwundet; die Soldaten entkamen unverletzt.

Geschlechtskrankheiten und Tuberkulose

In der zweiten Sitzung des **Ausschusses für Bevölkerungspolitik im Preußischen Landtag** waren auf Ersuchen der U. S. P.-Fraktion Vertreter der Regierung erschienen, um über den Stand des Hebammengesetzes, des Jugendgesetzes, der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Tuberkulose Auskunft zu geben. Genosse Weyl erinnerte daran, daß der Minister für Volkswohlfahrt, Stegerwald, sich in der letzten Sitzung der preußischen Landesversammlung für das Inkrafttreten eines neuen Hebammengesetzes zum 1. April 1922 eingesetzt habe. Nachdem Stegerwald Ministerpräsident geworden, möge er seinen größeren Einfluß zur schnelleren Verabschiedung dieses Gesetzes benutzen. Es bestehe die Gefahr, daß dieses Gesetz im Finanzministerium, wo es jetzt angelangt sei, verschleppt werde und dann nicht mehr rechtzeitig an das Plenum komme. Der Kostenaufwand von 20—25 Millionen sei in einem Milliardenetat nicht so übermäßig hoch, daß das Gesetz hieran scheitern müßte. Weyl beantragte, der Regierung eine Frist von 10—14 Tagen zu setzen zur Erledigung des Entwurfs.

Lebhaften Widerspruch der bürgerlichen Parteien fand Frau **Ege** (S. P. D.), als sie die Einbringung eines besonderen Hebammengesetzes als Antrag ihrer Fraktion und seine Ueberweisung an den Ausschuß begründete. Es handelte sich dabei um die Wiederaufnahme der Beschlüsse des bevölkerungspolitischen Ausschusses der Preußischen Landesversammlung in zweiter Lesung. Man warf der S. P. D. nicht mit Unrecht vor, die Einbringung dieses Antrages — auf den wir später noch zurückkommen werden — entspringe in der gegenwärtigen Situation lediglich einem Demonstrations- und Agitationsbedürfnis.

Der schleunige Antrag Weyl wurde mit einer unwesentlichen Abänderung einstimmig angenommen.

Zur Frage des **Reichsjugendgesetzes** wies der Regierungsvertreter Dr. Friedeberg auf die finanziellen Schwierigkeiten hin, die die Ausschußverhandlungen des Reichstags lahmgelegt hätten. Er bestätigte dem Genossen Weyl, daß das Reich für die nächsten drei Jahre nur 50 Millionen zur Verfügung stellen wolle, während die S. P. D. 200 Millionen und die U. S. P. 500 Millionen forderten. Genosse Weyl empfahl dem Ausschuß abzuwarten, ob die Ausschußverhandlungen im Reichstag weitergehen würden, und, wenn sie scheitern sollten, selbst einzugreifen.

In der Behandlung der Frage: **Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten** warf **Weyl** der Regierung große Saumseligkeit vor. Wenn das Reich versage, müsse Preußen vorgehen. — Der Regierungsvertreter, Prof. Dr. **Gottstein**, wies kurz auf die vom Reich, den Ländern und der Sozialversicherung getroffenen Maßnahmen hin. Besondere Aufmerksamkeit wende man der Bekämpfung der Erbsyphilis zu. Nach den letzten Erhebungen habe die Durchseuchung der Jugend ihren Höhepunkt überschritten. Die Zahl der Fälle nimmt ab. Die durch Gonorrhoe (Tripper) verursachten Augenerkrankungen seien auf den Friedensstand zurückgegangen. Die Zustände, die Syphilis vielfach zur Familienkrankheit werden ließen, hätten 1919 ihren Tiefstand erreicht; seit 1920 sei eine Besserung festzustellen. Die Belehrung, Aufklärung und Beratung in bezug auf die Geschlechtskrankheiten zeige ihre Wirkung.

Der Mehrheitssozialist Dr. **Beyer** stellte fest, daß der Kölner **Kongreß für Bevölkerungspolitik sich für die allgemeine, gleiche und geheime Anzeigepflicht in bezug auf die Geschlechtskrankheiten** erklärt habe. Viele Aerzte seien in dieser Frage nicht mehr so ablehnend wie früher. — Genosse **Weyl** forderte gesetzgeberische und Verwaltungsmaßnahmen. Wir könnten uns nicht zufrieden geben mit den kleinen Fortschritten, zumal — wie der Regierungsvertreter zugestehen mußte — das besetzte Gebiet ausgenommen sei. Wir wollen dem Minister noch bis Oktober Frist geben zur Beschleunigung seiner Arbeiten und dann nötigenfalls selbst vorgehen. Die Stadt Berlin habe ein bereits bestehendes Heim für sittlich gefährdete Frauen und Mädchen übernehmen wollen. Das sei bis jetzt an dem Widerstand der Gegner gescheitert. Es sei Pflicht der Regierung, alles zu tun, um Berlin in den Besitz dieses Heims zu bringen und in der nächsten Sitzung des Ausschusses darüber zu berichten.

Hinsichtlich der Tuberkulosebekämpfung verwies Prof. Dr. **Gottstein** auf die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung der Anzeigepflicht. Es handele sich um zwei Probleme: 1. um die Bekämpfung der Tuberkulose der gegenwärtig daran Erkrankten, 2. um die Bekämpfung der latenten, der ruhend vorhandenen Tuberkulose der Kinder, die infolge verminderter Widerstandsfähigkeit der Jugend sehr bedenklich sei. In zehn bis fünfzehn Jahren würde diese Gefahr akut werden, wenn es nicht gelingt, großzügige Heilungsverfahren zur Wirkung zu bringen. Wenn jetzt ein jäher Absturz der Tuberkulosesterblichkeit, auch in Berlin, festzustellen sei, so sei dies ein Scheinerfolg und — wie Prof. Gottstein auf Zuruf zugeben mußte — zurückzuführen auf das vorangegangene Massensterben, besonders auch an Lungenentzündung. Die Bedrohung des Säuglings- und Kleinkindalters bestehe nach wie vor, und die Infektionsgefahr sei nur wenig vermindert. Es müsse unsere Sorge sein, für die Kräftigung der heranwachsenden Jugend stärkere Mittel einzusetzen. Wo die Gesundheitsfürsorge ausgebaut werde, seien zwar Fortschritte zu erkennen.

Genosse **Weyl** forderte angesichts der von der Tuberkulose angerichteten furchtbaren Verheerungen, daß die Anfangsfälle frühzeitig unter rationelle Fürsorge gebracht werden müssen. Das Wohlfahrtsministerium solle dafür sorgen, daß die Anzeigepflicht der Erkrankten eingeführt werde neben der bereits bestehenden Anzeigepflicht der an Tuberkulose Gestorbenen. Wenn die Tuberkulosebekämpfung auch Sache des Reiches sei, so müsse Preußen doch vorangehen. Der Wohlfahrtsminister müsse sich an die Spitze der Bewegung stellen. Ferner: was ist mit der Summe von einer Million Mark geschehen, die im vorigen Jahre in den Etat eingesetzt wurde? Was hat das Wohlfahrtsministerium getan, um die Schließung der Heilstätten wegen Mangels an Mitteln zu verhüten? Die Regierung möge auch hierüber in der nächsten Sitzung berichten. — Frau **Arendsee** (V. K. P.) wies auf Mißstände in den Heilstätten hin. Zur Besserung der Ernährung müßten Mittel vorhanden sein. — Der **Regierungsvertreter** versprach persönliche Verhandlungen zur Beseitigung der Notstände verschiedener Anstalten. Die Anzeigepflicht der Tuberkulosekranken bedinge eine Aenderung des Reichsseuchengesetzes.

Herabsetzung des Bezugspreises des Reichs-Gesetzblattes. Durch Aenderung des Satzspiegels, Verwendung kleinerer Lettern und leichteren Papiers sowie durch Beschränkung des Stoffes ist es dem Reichsministerium des Innern ermöglicht worden, den Bezugspreis des Reichsgesetzblattes für das Kalenderjahr 1921 auf 45 Mark festzusetzen. Den Postbeziehern, die den durch Bekanntmachung vom 11. Dezember 1920 festgesetzten Bezugspreis von 90 Mark entrichtet haben, werden nach Beginn des dritten Kalendervierteljahres 1921 von Amts wegen 45 Mark von den Bezugspostanstalten zurückvergütet werden. Eine Antragsstellung ist nicht erforderlich.

Das größte Luftschiff der Welt. Das größte Luftschiff der Welt wird in nächster Zeit den Flug von England nach Amerika unternehmen. Es entwickelt eine Schnelligkeit von 110 Kilometern in der Stunde und kann 8000 Kilometer zurücklegen, ohne zu landen.

Gewerkschaftliches

Aus den belgischen Gewerkschaften

Belgien war bisher das einzige Land, in dem die gewerkschaftliche **Einigkeit restlos** bewahrt wurde und in dem die Gewerkschaften ganz bedeutende Fortschritte machten. Dies gefiel den Moskauer Agenten nicht, und mit 713 gegen 35 Stimmen beschlossen letzthin die belgischen Kommunisten, aus der Partei auszutreten und ihre **Zellenbauer** in den Gewerkschaften ihr zerstörendes Werk tun zu lassen. Die gleichzeitig in Brüssel getagte **Gewerkschaftskommission** beschäftigte sich mit diesem kommunistischen Vorstoß und **Mertens** begründete die vorgelegten Entschließungen, die die Abwehr des kommunistischen Anschlages zum Inhalt hatten. Mertens erklärte u. a.:

„Wir sind entschlossen, der Reaktion die Stirne zu bieten; von ihr verlangen wir die Waffen, die wir brauchen, um diejenigen hinauswerfen zu können, welche die gewerkschaftliche Einigkeit bedrohen, in der bisher unsere Stärke gelegen hat."

Gemäß den Beschlüssen des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der das Verbot eines gleichzeitigen Anschlusses an Amsterdam und Moskau vorsieht, nahm die belgische Gewerkschaftskommission Stellung, um diese für alle angeschlossenen Organisationen verbindlich erklärten Richtlinien in die Tat umzusetzen.

Bei der Abstimmung über die vom Bureau eingebrachten Resolutionen ergibt sich deren fast einstimmige Annahme. Dagegen stimmten nur 5 bei 8 Enthaltungen.

Damit dürfte den kommunistischen Propagandeuren der Moskauer Thesen der Boden entzogen sein, auf dem sie glaubten, zur höheren Ehre Lenins sich tummeln zu können.

Eisenbahner

Die Neuwahlen für die Ortsverwaltung finden am 9. und 10. Juni statt, an der alle unsere Genossen aus gewerkschaftlichem Selbsterhaltungstrieb verpflichtet sind teilzunehmen und dafür zu sorgen haben, daß die Liste, beginnend mit dem Namen

Wilhelm Schulz

siegreich hervorgeht.

Auf dem richtigen Wege

Am Sonntag hielt der Berliner Bezirksverein obenstehenden Verbandes seinen **Bezirkstag** in den Germaniasälen ab, um über die beste **Gewerkschaftsform** zu beraten. Der Verbandssekretär **Lenz** hielt das Referat; er wies auf die Entwicklung aller Organisationen nach dem Kriege zu Großorganisationen hin. Die Diskussionsredner standen bis auf einen auf dem Standpunkt, daß die Beamten den **engsten** Anschluß an die Arbeiterschaft finden müssen und dementsprechend eine Angliederung an die **freien** Gewerkschaften erfolgen soll. Eine **Entschließung** im vorstehenden Sinne, die zum Schluß sagt, daß die **Arbeiter, Angestellten und Beamten** die **drei Grundsäulen** bilden, die das gesamte Leben beherrschen möge, fand gegen eine Stimme **Annahme**. Ferner wurde noch eine Entschließung angenommen, die da fordert, daß die **Uebergriffe** seitens der Postverwaltung betreffs Versetzung der Ausschußmitglieder unbedingt **aufhöre** und diese versetzten Kollegen zu ihren alten Beschäftigungsämtern zurück sollen.

Wir begrüßen diese Stellungnahme des Reichsverbandes der Post- und Telegraphenbeamten, der die unteren Postbeamten in sich vereinigt. Der Verband zählt in Berlin allein 24 000 und im ganzen Reiche ca. 150 000 Mitglieder. Nur durch **engsten Zusammenschluß** mit den übrigen Kopf- und Handarbeitern wird es dieser Schicht möglich sein, nicht nur materiell sich zu verbessern — beziehen doch heute noch viele Postboten usw. ein „Einkommen" von 800 M. —, sondern sie wird auch dann vermutlich dazu beitragen können, die Verwaltung zu **demokratisieren** und sich bestimmenden Einfluß zu verschaffen.

Verbandstag der Holzarbeiter

Sonntag wurde in Hamburg der 12. **Verbandstag der Holzarbeiter** eröffnet, der stärker als die vorhergehenden besucht und auch vom Ausland beschickt wurde. So erschienen vom Internationalen Bund der Holzarbeiter, Gen. **Woudenberg-Amsterdam**, außerdem waren Delegierte von zwei schwedischen und dänischen Verbänden erschienen, desgleichen kam ein Abgesandter aus der Tschechoslowakei, Oesterreich, England, Belgien, Norwegen und aus der Schweiz.

Ueber die Tagungen werden wir ausführlich berichten.

Gewerkschaftsversammlungen

Deutscher Verkehrsbund. Donnerstag, abends 8 Uhr, findet im „Rosenthaler Hof", Rosenthaler Straße 11-12, eine Versammlung der Beamtenfunktionäre der Post und Telegraphie statt. Die Tagesordnung sieht vor: 1. Vortrag über „Reichspostgewerkschaft" oder „Deutscher Verkehrsbund". 2. Bericht über die Verhandlungen zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Deutschen Beamtenbund.

U. S. P.-Funktionäre des Metallarbeiter-Verbandes. Donnerstag, den 9. Juni 1921, abends 6½ Uhr, in den Germaniasälen, Chausseestraße 110, Versammlung der Mitglieder der erweiterten Verwaltung (Bezirks- und Branchenkommissionsmitglieder) und Generalversammlungsdelegierte (sowie Vorsitzende der Betriebsräte, soweit sie der U. S. P. D. angehören. Tagesordnung: Stellungnahme zu den Beschlüssen des Beirats. Bezirksverband Berlin-Brandenburg. J. A.: A. Hecht.

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: **Leo Liebichütz**, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftl.: **Robert Henkel**, Berlin; für den Inseratenteil u. geschäftliche Mitteilungen: **Ludwig Kameriner**, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Str. 8-9.

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7 Uhr: Das Postamt
Die Komödie der Irrungen

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
7 Uhr:
Die St. Jakobsfahrt

Staatstheater.
Opernhaus
7 Uhr: Mad. Butterfly
Schauspielhaus
7 Uhr: Stroh — Die Fliege

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
7½: Potasch u. Perlmutter
Kammerspiele
8 Uhr: Der Strohhut
Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7 U.: Ein Sommernachtstraum
(6. Abteilung, 5. Abend)

Theater i. d.
Königgrätzer Str.:
Täglich 7.30 Uhr:
Mit dem Feuer spielen
8 Uhr: Satans Maske
(Orska, Riemann, Bildt)

Berliner Theater:
Das Milliarden-Souper
7.30 Uhr: Hilde Wörner, Ucki Elleot, Ralph Arthur Roberts, Herb. Kiper, Paul Rehkopf

Komödienhaus:
Allabendlich 7.30 Uhr:
Der
blonde Engel
von Robert Winterberg
Paul Heidemann a. G., Josefine Dora u. Staatsth. a. G., Imgenvan derStraaten, Ila Karsen, Georg Baselt, Kurt Busch, Julius Rogg.

Residenz-Theater
7½ Uhr: Max Adalbert in
Wenn das Spiel gemacht ist — — — ab dafür

Trianon-Theater
7½ Uhr: Alfred Abel in
Am Teetisch

Kleines Theater
7½ Uhr: Olga Limburg in
Nur ein Traum

Theater am Nollendorfplatz
7½ Uhr:
Der Vetter aus Dingsda

Thalia-Theater
7½ Uhr: **Mascottchen**

Rose-Theater
7½ Uhr:
Wo die Schwalben nisten

Komische Oper
7½ **Die Oper** 7½
Alt-Heidelberg

Walhalla-Theater
7½ Uhr:
Die Scheidungsreise

Lessing-Theater
Direkt.: Victor Barnowsky
Sommerspielzeit:
Allabendlich 7½ Uhr:
Die Ballerina des Königs
(Konstantin, Götz)

Deutsch. Künstl.-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
Zum 25. Male:
Rosenmontag
(Hanck, Loos, Schroth)
Allabendl. 7½: Rosenmontag

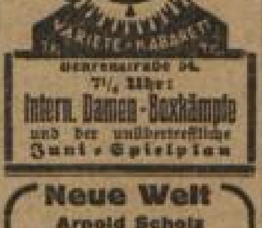
8 U. **Folies Caprice** 8 U.
am Oranienburger Tor
Der ledige Ehemann
mit Ferd. Gründecker

7½ Apollotheater 7½
Friedrichstraße 218
Täglich:
Tip-Tip Hurra!
oder
Der Sport-Schlemihl
mit Wilhelm Hartstein

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7-9
Täglich 4½ Uhr:
Die Schönste von Allen
Operette von Jean Gilbert
• Varieté-Sensationen •

Residenz-Kasino
Blumenstraße 10
Täglich:
Großer Witwenball

Theat. a. Kottb. Tor
Tel. Moritzplatz 10077
Täglich 7½ Uhr:
Elite-Sänger
— 10 Herren! —
Vorverk. 11—1½ u. 4—6



Behrenstraße 54.
7½ Uhr:
Intern. Damen-Boxkämpfe
und der unübertreffliche
Juni-Spielplan

Neue Welt
Arnold Scholz
Hasenheide 108/114
Heute Mittwoch, den 8. Juni
Große Varieté-Vorstellung
u. a.
3 Urbanis — 3 Runkel Rapps
Georg, der fallende Mensch
und 12 weitere erstklassige Attraktionen
Anfang 6 Uhr
Voranzeige:
Morgen Donnerstag, den 9. Juni
Großes Fronten-Feuerwerk
„Amor in Aktion"

Frackverleihinstitut, Friedrichstr. 122/123. Frack, Smoking, Gehrockanzüge, Elegante moderne Sachen. Mäßige Preise

Sommertheater Schweizergarten
Am Friedrichshain 29-32
Heute Mittwoch, den 8. Juni
Erstes großes Kinderfreudenfest mit Gratisverlosung
Um 4 Uhr: Das Märchen Rotkäppchen und der Wolf
Nachher das ungekürzte Programm
Donnerstag, den 9. Juni **Elitetag** Donnerstag, den 9. Juni
Großes Brillantfeuerwerk
Außerdem täglich das große Sensationsprogramm
Vorverkauf täglich 10 Uhr vormittags ab
Anfang Wochentags 4½ Uhr • Sonntags 4 Uhr

Olympia-Varieté-Garten
Badstr. 58 / früher Vogttheater / Badstr. 58
Heute Mittwoch **Feuerwerk** Heute Mittwoch
ferner 10 Varieté-Attraktionen
Volkstümliche Preise / 1 Kind frei / Beginn 6 Uhr
Familien können Kaffee kochen!

Händler!
Neu eingetroffen:
Feldgraue Drellanzüge, Dreljacken, Khakianzüge, feldgraue Hosen usw.
Gattel & Wasserzug
Berlin, Kurstrasse 32 III

Wanzen weg, wie deren Brut
vertilgt restlos nur Kammerjäger Berg's Nicodaal! Erfolg verblüffend. Kinderl. anzuw. Dankschreiben a. überall.
— Beste Zeit zur Brutvernichtung. —
Erhältlich in allen Drogerien und Apotheken und bei sämtlichen Warenhäusern A. Wertheim, sonst portofrei von
Hermann A. Groesel, Berlin, Königgrätzer Str. 49

Platin, Gold-, Silberbruch
Zahngebisse kauft Uhrmacher zu reellem Tagespreis
Neukölln, Bergstraße 140
Eingang Boothestr. im Laden. Täglich von 9—7 Uhr
Vorzeiger dieses erhält Mk. 3.— beim Verkauf.
Straßenbahnlinien: 47, 48, 22, 46, 7, 16, 53, 10. 5 Min. vom Ringbahnhof Neukölln.

Wo Ta-Ze **Wohnungs-Tausch**
Zentrale Alexanderstr. 44 • Königstadt 1288
Filialen: Mariannenplatz 7, Augsburger Str. 57
Schönebg., Wartburgstr. 13, Charl. Stuttgarter Pl. 1
Nachweis — Vermietung
möblierter Zimmer Wohnungen
Läden, Lager-, Bureauräume

Auf bequeme
Teilzahlung
HERREN-
Anzüge-Paletots
Schlüpfer-Gummimäntel
DAMEN-
Kostüme-Kleider
Röcke-Blusen
Größte Auswahl!
Herabgesetzte Preise!
B. FEDER
Brunnenstraße 1
Frankfurter Allee 350
KottbuserDamm 103
Charlottb., Scharrenst. 5

Korpulenz
beschwerliche Leibesfülle, starke Hüften, Doppelkinn beseitigt ohne besondere Lebensweise „Graziana" gesetzlich geschützt. Vollkommen unschädliches, natürlich wirkendes Entfettungsmittel. 30 Jahre höchst erfolgreich bewährt. 1 Pak. 15,— 3 Pak. 43,50.
Otto Reichel,
Berlin 46
Eisenbahnstraße 4.

Alt-Metalle
verkauft man nur richtig
Borsigstraße 1

Kriegsanleihe wird zu 84% in Zahlung genommen!
In dieser Woche
Seltene Gelegenheitskäufe!

Fesche Waschkleider	89.—
Sport-Trikot-Jacken	41.—
Phantasie-Sportjacken Wolle	165.—
Kunstseide 165.— 200.— 250.—	in vielen Farben
Seidenglanz-Popelinemäntel	169.—
Impr. Seidenmäntel	248.—
Gummimäntel für Damen	306.—
Mantelkleider	270.—
Sporträcke	48.—
Covercoatmäntel	250.—, 375.—
Pa. Regenschirmseidene-Mäntel	351.—, 498.—
Gummimäntel für Herren	325.—, 479.—
Modell-Kostüme	356.—, 596.—
Seidenröcke	159.—, 256.—

Jetzt verkaufen wir!
Echte Pelzmäntel 2800, 3500, 4300; Plüschmäntel 750, Sealplüsch 1995; Astrachanmäntel 300, 450; Krimmermäntel 775, 990
Westmann
I. Geschäft: Berlin W8, Mohrenstrasse 37a — 2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Schlafzimmer
eichenes, komplett 3850,—, weißes, 3000,—, Herrenzimmer, rundgebaute Bibliothek 4000,—, Speisezimmer, sehr gute Ausführung 4500,—, nußbaum Standuhren 1200,— Mark.
Viele Gelegenheitskäufe
in schweren Zimmereinrichtungen und Einzelmöbeln zu enorm billigen Preisen.
Hans Lennert
Lothringer Str. 55
am Rosenthaler Platz.

Geld
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41, III. Ecke Kochstraße.

Zeißfeldstecher
u. und Kloch, kauft ständig.
M. Stockelmann,
Berlin W 9, Potsdamer Str. 135
(Lützow 9289).

Homöopath.
Institut Meissner
Müggelstr. 25 am Bahnhof Frankf. Allee
Haut-, Harn-, Geschlechts- u. Frauenleid., nervöse Schwäche, Spez. veralt. Fälle b. schneller, sich. u. schmerzloser Behandl. ohne Berufsstörung. Auskunft kostenlos. Harn- u. Blutuntersuchung 10-1, 5-8, Donnerst. u. Sonnt. 11-12.

Hühneraugen, Fußsohlen-verhärtung
Hornhautbildung entfernt mit absoluter Sicherheit Reichels „Bosco". Einziges Radikalmittel für eingewurzelte und schmerzhafte Leiden. 30 Jahre bewährt. Dose mit Befestigungspflaster 4.50 Mark.
Otto Reichel, Berlin 46, SO, Eisenbahnstraße 4.

Spez.-Beh. nur für **Ischias**
in Hüft., Gesäß u. Bein. Da schw. Fälle in 15 Tagen beseit. w., hierüber unanastb. Heilers. besteh. u. Referenzen. Invalidenstr. 155, von 9—3. **Jacoby**

Glühlampen
Halbwattlampen und sämtl. Elektro-Installations-Material kauft
Schröder, Bernauer Str. 101, Fabrikgeb. III.

Dringend zu kaufen gesucht
Altmetalle
Zinn, Lagermetalle
Gerlach & Voigt
Dresdener Str. 13-14. Mpl. 12633

Wanderkarten
für alle Gegenden erhält man in der
Buchhandlung „Freiheit"
Breite Straße 8—9.

Ata eignet sich für alle Küchengeräte besonders auch für Öfen, Badewannen, Klosetts, Marmor, Steinböden.
Hersteller: Henkel & Cie Düsseldorf.

Verein Berliner Buchdrucker u. Schriftgiesser
Buchdruckerei-Hilfsarbeiter u. -arbeiterinnen
Mittwoch, den 8. Juni, nachmittags 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus
Vertrauenspersonen-Versammlung
Zutritt haben die Vertrauensleute, Druckereikassierer und Delegierten der Buchdrucker sowie die Vertrauenspersonen der Hilfsarbeiter.
Ohne Legitimation kein Zutritt!
Massini. Gloth.

Westmanns
Trauer-Magazin
Große Auswahl. Billige Preise.
I. Mohrenstr. 37 (Kolonnaden)
II. Gr. Frkf. Str. 115 (nahe Andreasstr.)
Auswahlsendung sof.
Amt Zentrum 7990
Sonntags geschlossen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:
Der Schleifer
Richard Bock,
Böckhstr. 40, am 4. d. M.
Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 9. Juni 1921, vormittags 11½ Uhr, im Krematorium Gerichtstr. statt.
Die Arbeiterin
Anna Niewiesk,
Antwerpener Str. 44, am 4. Juni.
Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 9. Juni 1921, nachmittags ½1 Uhr im Krematorium Gerichtstr. Kl. H. statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Born, Reichenberger Str. 1 verkauft erstklassige Dauerkragen Marke „Weißer Rabe".

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.
Am Freitag, den 10. Juni 1921, nachm. 4 Uhr, in den Kinos-Sälen, Siemensstadt, Schulstraße
Versammlung
sämtlicher Arbeiterinnen des Siemenskonzerns
Tagesordnung:
1. Vortrag der Kollegin Gladosch: „Die wirtschaftliche Lage und welche Folgerungen ziehen die Arbeiterinnen hieraus".
2. Aussprache über die Verhältnisse im Konzern.
3. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Botenfrauen
sucht Spedition Greifswalder Straße 20 für Wein-, Büsching- und Friedenstraße.

Stellt sofort ein
Botenfrauen Spedit. Johannisstr. 9
(Ecke Artilleriestr.)

Groß-Berlin

Betriebseinschränkung der Straßenbahn

Die Fahrgäste der Straßenbahn sind in letzter Zeit durch Veränderungen der Linienführung überrascht worden. Wie wir erfahren, sind noch weitere Veränderungen geplant. 40 Linien der Straßenbahn sollen eingeschränkt, 11 Linien vollständig dem Verkehr entzogen werden. Einzelne Linien werden in ihren Zwischenständen von 10 auf 15, ja sogar einzelne auf 20 Minuten und noch mehr erweitert. Die Folge davon ist die starke Besetzung der Wagen, die für das Publikum zu Unzuträglichkeiten führen muß.

Die so erzielten Ersparnisse genügen aber noch nicht; um weitere Ersparnisse zu machen, ist beabsichtigt, Arbeitseinschränkungen im großen Umfange vorzunehmen. Die Werkstättenarbeiter sollen ab 1. Juli statt sechs, nur noch drei Tage in der Woche arbeiten. Diese Maßnahme ist völlig unbegründet, denn es fehlt nicht an Arbeit. Mehr als vor dem Kriege ist Arbeit vorhanden; denn alles ist heruntergewirtschaftet. Der Wagenpark, die Strecken und die Gleise sowie die Oberleitung sind sehr reparaturbedürftig. Straßenzüge, die infolge schlechten Unterbaues nicht mehr zu befahren sind, sollen deshalb dem Verkehr vollständig entzogen werden. Im Interesse einer baldigen Rentabilität liegt es, diese notwendigen Arbeiten unverzüglich auszuführen. Sparen könnte man an anderen Stellen viel zweckmäßiger. So können z. B. in der Hauptwerkstätte Radsätze hergestellt werden zum Preise von 26 Mark, dazu 300 Prozent Betriebsunkosten = 104 Mark; für dieselbe Arbeit erhält aber die N. A. G. 198,— Mark, also ein Mehr von 94 Mark. Genau so liegt es mit der Herstellung von Kopf- und Wagenschildern; 4 bis 5 Unternehmer verarbeiten die jetzigen Aufträge.

Obwohl schon seit Monaten die Verhältnisse im Betriebe bekannt sind, hat man Aufträge vom 1. Juni d. J. ab in Höhe von 12 000 000 Mark an eine Privatfirma, die N. A. G., abgegeben. Anstatt diese Arbeiten im eigenen Betriebe herzustellen, in welchem alle Einrichtungen vorhanden sind, werden diese nicht in Anspruch genommen und das Geld den Privatfirmen in die Hände gespielt.

Außenspielplätze für Schulkinder

Der Erholungsaufenthalt für schwächliche Schulkinder auf den städtischen Außenspielplätzen wird in diesem Sommer einige Veränderungen erfahren. Vor allem soll durch einen täglich in zwei Kurzstunden erteilten Lebensunterricht, der die durch die Umgebung der Plätze gebotenen Anschauungsgelegenheiten ausnutzt, dafür gesorgt werden, daß die aus der Schule beurlaubten Kinder gegenüber ihren Kameraden, deren Unterricht keine Unterbrechung erfährt, nicht zurückbleiben. Neben Mittagskost und Nachmittagskaffee mit Gebäck aus städtischen Mitteln wird von den Quäkern diesmal in dankenswertem Entgegenkommen allen Teilnehmern am Erholungsaufenthalt eine Zubuße von Kakao, Milch und Gebäck als Frühstück beim Eintreffen auf den Plätzen zugedacht. Einen besonders fröhlichen Einschlag aber soll das Leben auf den Plätzen diesmal dadurch erhalten, daß die Lichtenberger Jugendbühne in regelmäßigen Zeitabständen auf jedem Platze an zwei bis drei Tagen hintereinander Freilichtvorstellungen geben wird. Märchenspiele und von Schauspielern dargestellte Schwänke Kasperles werden den Hauptteil des Spielplans ausmachen.

Es werden in diesem Sommer für die Kinder von Groß-Berlin folgende 12 Plätze in Betrieb genommen: der Platz der vier Turngaue im Grunewald, die Plätze Tegel, Blankenfelde 1 und 2, Buch, Wartenberg, Hohenschönhausen, Plänterwald, Wuhlheide, Königsheide, Pferdebucht bei Köpenick und der Spielplatz des Turnvereins Fichte bei Baumschulenweg. Die Meldungen, soweit sie nicht bereits erfolgt sind, haben umgehend bei den Herren Rektoren der Schulen zu geschehen. Der erste vierwöchige Erholungsaufenthalt, zu dem täglich 2000 Kinder zugelassen werden, beginnt am Montag, den 13. Juni. Eine zweite Periode von gleicher Dauer für ebenfalls 20 000 Kinder nimmt am Freitag, den 9. August, seinen Anfang. Zwischen beiden Veranstaltungen liegen die allen Kindern zugänglichen Ferienspiele. Alle Eltern erholungsbedürftiger Kinder, soweit sie nicht in der Lage sind, dieselben in einer Sommerfrische unterzubringen, seien nachdrücklich auf diese seit 16 Jahren auf den städtischen Außenspielplätzen zum Wohl unserer Schuljugend stattfindenden Erholungsveranstaltungen hingewiesen. Als täglicher Beitrag zu den beträchtlichen Kosten derselben wird von jedem ersten Kind einer Familie 1 M. und von jedem zweiten 50 Pf. erhoben. Alle weiteren Kinder derselben Familie sind frei. Die Besucher der Plätze, zu deren Erreichung keine Fahrgelegenheiten benutzt werden, die also von den Kindern zu Fuß zu erreichen sind, bezahlen die Hälfte dieser Sätze.

Bestrafte Doppelehe

Ein Roman aus dem Leben entrollte die gestern vor der Strafkammer des Landgerichts I verhandelte Anklage wegen Doppelehe und intellektueller Urkundenfälschung gegen den ehemaligen Polizeileutnant und Oberleutnant a. D. Ernst M. In Warschau lernte er während des Krieges in einem sehr zweifelhaften Lokal eine Frau kennen, die dort als Kabarettistin auftrat. Sonderbarer Weise verliebte er sich in diese geschiedene Frau, befreite sie aus polizeilicher Kontrolle, löste ihr Engagement und heiratete sie, die drei Kinder ihm mit in die Ehe brachte. Er will nach dem Kriege in Erfahrung gebracht haben, daß in seiner Abwesenheit sich seine Frau mit einem jungen Menschen eingelassen, viel Geld bei Rennen, in Spielklubs und dergl. durchgebracht hatte und einen großen Teil der Wohnungseinrichtung verpfändet hatte. Ende Januar 1919 trennte er sich von seiner Frau, holte sich dann aber eines Tages etwas gewaltsam und mit Hilfe eines Schlossers einen Teil der Möbel des Speisezimmers heraus und empörte dadurch seine Frau derartig, daß sie sofort nach dem Charlottenburger Polizeipräsidium schickte. Er wurde zunächst in Schutzhaft genommen und kam nach dem Lazarett in der Scharnhorststraße. Von dort aus gelang es ihm, unbeanstandet die Freiheit zu gewinnen und er beschloß nun, einen anderen Namen anzunehmen. In Neukölln traf er auf einen Mann, der ihm für 80 Mark Militärpapiere auf den Namen Max Körner und ein standesamtliches Zeugnis auf denselben Namen und der Bezeichnung als „Sohn eines Oberregierungsrats“ anfertigte. Er verliebte sich in die Tochter eines wohlhabenden Berliner Kaufmanns und verlobte sich als Max Körner. Es kam schließlich zu Zerwürfnissen zwischen Eltern und Tochter, diese verließ das elterliche Haus und lebte mit dem Angeklagten zusammen. Schließlich kam es zu einer Versöhnung seiner Verlobten mit ihrem Stiefvater, sie kehrte in das elterliche Haus zurück, und es gelang sogar dem „Max Körner“, sich mit dem alten Herrn einigermaßen zu versöhnen. Von seiner ersten Frau hatte der Angeklagte nichts mehr gehört, sondern nur gerüchtweise vernommen, daß diese in seiner Abwesenheit die Ehescheidung durchgesetzt haben sollte. Auf wiederholtes Drängen des Schwiegervaters schritt dann das Brautpaar zur Ehe. Der Schwiegervater gab eine Mitgift von 10 000 M. und eine Aussteuer von 30 000 Mark. Von Essen aus machte er so große Geschäfte, daß er bald eine Summe von 100 000 M. an verdienter Provision hinter sich hatte. Er kaufte sich als Max Körner in Swinemünde ein Grundstück mit Weinrestaurant. Eine von ihm engagierte Bardame und eine andere Dame scheint die Eifersucht seiner Frau erregt zu haben, sie trennte sich von ihm, und da er ihr seine Lebensgeschichte erzählt hatte, erstattete sie Anzeige. — Die Eheerlebnisse des Angeklagten endeten nun damit, daß das Gericht ihn wegen Doppelehe und intellektueller Urkundenfälschung zu 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft verurteilte. — Beide als Zeuginnen vorgeladenen Ehefrauen des Angeklagten schien dessen Schicksal nicht allzu sehr aufzuregen.

Freie Wohnräume

Die „Auergesellschaft“, jetzt „Osram“, hat vor mehreren Jahren in der Beymestraße, im Osten Berlins, fünf Wohnhäuser käuflich an sich gebracht und dieselben zu Bureauräumen umgebaut. Seit dem 8. Februar d. Js. sind nun diese Häuser vom Wohnungsamt beschlagnahmt worden, da nachgewiesen wurde, daß dieselben zum großen Teil leer stehen. So unter anderem zirka 20 Küchen mit kompletten Herden. Anstatt nun diese Räume wieder herzustellen und sie der Allgemeinheit zur Benutzung zu übergeben, ist bis heute noch nichts geschehen. Im Gegenteil. Die „Osram“ versucht noch jetzt, Mieter auf die Straße zu setzen, gegen die sie ohne rechtliche Gründe die Räumungsklage angestrengt hat.

Bureaukratie und Berliner Wohnungsnot

Die Gemeinde Berlin hat in den ersten Jahren nach dem Krieg versäumt, und zwar im Gegensatz zu anderen Gemeinden der Außenbezirke, trotz finanzieller Beihilfen des Reiches und Staates eine Wohnungspolitik zu treiben, welche die Not der wohnungslosen Bevölkerungskreise mindern konnte. Für die Zukunft wird die neue Einheitsgemeinde unter diesen Fehlern zwar noch zu leiden haben, aber grundsätzlich aus einem ganz anderen Geist und mit vorausschauender Entschlußkraft an die Lösung der Wohnungsprobleme herangehen müssen. Voraussetzung ist allerdings, daß endlich die sogenannten Künstlerbureaukraten ihren Einfluß verlieren, der leider zu diesem vollkommenen Zusammenbruch der Berliner Bauwirtschaft geführt hat. Noch vor wenigen Tagen kam diese Auffassung aller am Wohnungswesen Berlins interessierten Kreise in einer Versammlung im Lehrervereinshaus deutlich zum Ausdruck. Der Magistrat hat deshalb die unabweisbare Pflicht, auch etwaigen Ratschlägen nicht mehr zeitgemäßer Berater in allen wohnungs- und bauwirtschaftlichen Fragen ablehnend gegenüberzustehen. Unsere Vermutungen dürften durchaus begründet sein, da auch die „Kommunale Praxis“ bereits eine ähnliche Stellung eingenommen hat. Die Cliquenwirtschaft muß endlich einmal aufhören, auch wenn oder gerade weil sie in scheinbar unauffälliger Weise Unbefangene immer wieder für sich gewinnt.

Erhöhung der Armenunterstützung. Unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Pfannkuch trat der Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorberatung der Anträge Dr. Weyl u. Gen. zusammen. Folgender Antrag wurde angenommen: „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, die Höchstsätze der städtischen Armenverwaltung, welche ohne Genehmigung der Armenkasse bewilligt werden können, um hundert Prozent zu erhöhen. Ein zweiter Antrag, die Blindenpflege betreffend, wurde vertagt.

16. Verwaltungsbezirk. Cöpenick. Bezirksversammlung. Das Bezirksamt hat sich dem Beschluß der Bezirksversammlung vom 11. Mai d. Js., Ortsbezirke für Friedrichshagen, Rahnsdorf-Hessenwinkel-Wilhelmshagen, Schmöckwitz, Grünau und Bohnsdorf zu errichten, nicht angeschlossen und hält seine Vorlage, Ortsamtstellen einzurichten, aufrecht. Diese Vorlage wurde mit 16 gegen 15 Stimmen abgelehnt. Die Etatsberatung wurde mit der Tagesordnung abgesetzt, weil der betreffende Ausschuß mit seinen Vorarbeiten noch nicht zu Ende war. Die Wahl von Bezirksdeputationen wird durch Listeneinreichung der einzelnen Fraktionen erledigt. Ein Antrag des Grünauer Elternbeirats auf Einrichtung einer Schulküche für die Zwecke des Haushaltsunterrichts für Mädchen und auf Herrichtung einer Werkstatt für den Zweck des Werkunterrichts für Knaben, wurde als Antrag des ganzen Bezirks der Etatkommission überwiesen.

19. Verwaltungsbezirk. In der am Mittwoch, den 1. Juni, tagenden Bezirksversammlung wurde der Haushaltsplan für 1921 erledigt. Nachdem Bürgermeister Gen. Kubig eingehend die äußerst schwierigen finanziellen Verhältnisse der Stadt Berlin geschildert hat, gibt er eine genaue Zusammenstellung des Gesamtetats. Einer Einnahme von 21 Millionen steht eine Ausgabe von 58 Millionen gegenüber, so daß rund 37 Millionen ohne Deckung im Etat vorhanden sind. Unter diesen Verhältnissen konnte naturgemäß nicht alles in Erfüllung gehen, was im Augenblick notwendig ist. Auf manchen Gebieten wird der Magistrat noch größere Einschränkungen eintreten lassen. — Von unserem Redner, Genossen Neumann, wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß auf dem Gebiete der Wohlfahrt noch manches zu bessern ist und wenn dem Magistrat der Etat zur Genehmigung vorgelegt wird, möge er bei dieser Position den Rotstift nicht in Anwendung bringen. Nachdem sämtliche Parteien zum Wort gekommen waren, wurde der Etat gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten genehmigt. Alle übrigen Punkte der Tagesordnung fanden recht schnell ihre Erledigung, so daß die Sitzung ausnahmsweise früh geschlossen werden konnte.

Ehemalige Kriegsgefangene Groß-Berlins! Die Einreichungsfrist für ehemalige Kriegsgefangene, die bisher keine Ansprüche auf Nachzahlung der militärischen Löhnung für die Zeit der Kriegsgefangenschaft oder auf Entschädigung für die bei der Gefangennahme geraubte Gegenstände geltend gemacht haben, oder die wegen Fristüberschreitung abgelehnt wurden, läuft am 10. Juni d. Js. ab. Es wird dringend gebeten, die obige Frist innezuhalten. Kriegsgefangene aus dem früheren Stadtkreis Berlin wenden sich schriftlich an den Zentral-Hilfsausschuß, Molkenmarkt 9/10 II; ehemalige Kriegsgefangene der neuen Verwaltungsbezirke richten ihre Anträge nur schriftlich an die am Sitze der Verwaltung der ehemaligen Vororte noch bestehenden Hilfsausschüsse.

Volkshochschule Groß-Berlin. Der Kursus des Genossen Seidel über die Aufgaben der Betriebsräte in der Arbeitsstätte NO., Pasteurstraße, der am Donnerstag, den 2. Juni ausfallen mußte, wird am Donnerstag, den 9. Juni, ½8 Uhr abends, fortgesetzt.

Zu Tode gepeitscht. In einem Hotel in der Chausseestraße wurde gestern der 39 Jahre alte Kaufmann David B., der aus Rybnik in Oberschlesien stammt und hier in der Stromstraße wohnte, in seinem Zimmer in einem schrecklichen Zustande aufgefunden. Fast der ganze Körper war mit Striemen und blutenden Wunden bedeckt. Außerdem hatte er die Besinnung verloren und atmete nur noch schwach. Man schaffte ihn nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus, wo er bald nach seiner Aufnahme verstarb. Wie sich herausstellte, war B. Masochist und hatte sich durch die 29jährige Hilda G. aus der Ackerstraße mit einer Hundepeitsche so lange traktieren lassen, bis er das Bewußtsein verlor.

Ueberfall auf der Landstraße. Gestern morgen wollte — wie alltäglich — die 15jährige Handelsschülerin Margarete T., die bei ihren Eltern in Hohenschönhausen wohnt, sich zu Fuß nach dem Bahnhof Buch begeben, um dort die Fahrt nach Berlin anzutreten. Als sie schon den halben Weg zurückgelegt hatte, sprang plötzlich aus dem Walde ein etwa 30—40 Jahre alter Mann hervor und fiel über das ahnungslose Mädchen her. Er warf sie in den Chausseegraben, würgte sie und versuchte sie zu vergewaltigen. Auf ihre Hilferufe ließ der Unhold aber von ihr ab und entfloh.

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Aus dem Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen

Copyright by Der Malik-Verlag Berlin-Halensee 1921

(72. Fortsetzung) (Nachdruck verboten)

Die Bethlehemkirche war nichts Besonderes, ihre Gemeinde war unbekannt, etwa in der Art der „heiligen Roller“, doch war Gladys schlau genug, um einzusehen, man könne nicht mit einem einzigen Schritt den Bergesgipfel erreichen. Peter müsse zuerst am „Hund“ experimentieren, ging die Sache nicht, so schadete es auch nicht viel.

Dennoch gab sich Gladys ebensoviel Mühe, als hätte es sich hier um die „wirkliche Gesellschaft“ gehandelt. Sie verbrachte etliche Tage mit dem Planen ihrer und Peters Kleidung, verbrachte am großen Tag mehr als eine Stunde vor dem Spiegel und achtete auch darauf genau, daß Peter richtig aussehe. Da Herr Nash sie persönlich mit dem ehrwürdigen Zebediah Muggins bekannt machte, und dieser Apostel des zweiten Advent ihren Gatten der Zuhörerschar vorstellte, bebte Gladys vor einer schier schmerzlichen Freude.

Peter benahm sich selbstverständlich nicht ganz tadellos. Er stotterte, stockte, wurde verwirrt, doch vergaß er nicht Gladys Rat, wenn er stecken bleibe, zu lächeln und zu erklären, er habe noch nie öffentlich gesprochen. So ging denn alles ganz gut, und die Mitglieder der Bibelklasse waren entsetzt über die Enthüllungen diesen Exroten und Geheimagenten für Gesetz und Ordnung. In der folgenden Woche ward Peter abermals aufgefordert, einen Vortrag zu halten, diesmal von der „Liga der jungen Heiligen“. Und auch in den folgenden Wochen mußte er bei verschiedenen Vereinigungen seinen Vortrag wiederholen. Inzwischen hatte er sich eine gewisse Gewandtheit angeeignet, sein Ruhm verbreitete sich, und endlich kam für ihn die selige Stunde: Er wurde in die Park Avenue eingeladen, um vor den Mitgliedern der „Freundesgesellschaft“ in der „Kirche des göttlichen Mitleids“ zu sprechen.

Dies war das Ziel, an dem stets Gladys Augen gehangen hatten. Diesmal war der Vortrag wirklich wichtig, wurde von ihr Peter neu einstudiert. Sie lebten unweit der Avenue, doch bestand Gladys darauf, daß sie in einem Taxameter vorführen. Als sie den Vorraum betraten und der ehrwürdige de Willoughby Stotterbridge, dieser wundervolle englische Gentleman, ihnen entgegenkam und die Hände schüttelte, wußte Gladys, sie habe endlich das Ziel ihrer Sehnsucht erreicht.

Peter, der nunmehr seinen Vortrag auswendig kannte, genau wußte, wo er auf Gelächter, wo er auf Tränen und wo er auf patriotischen Beifall rechnen konnte, errang einen großen Erfolg. Nach dem Vortrag beantwortete er Fragen. Zwei Angestellte von Billy Nash boten Mitgliedskarten der „Liga zur moralischen Hebung Amerikas“ an — sie kosteten fünf Dollars für ein Jahr. Ehrenkarten fünfundzwanzig Dollars das Jahr, lebenslängliche Karten zweihundert Dollars. Die Angehörigen der exklusivsten Gesellschaft von American-City drückten Peter die Hand, baten ihn, seine Vorträge auch weiterhin zu halten, — das Vaterland bedürfe seiner. Am folgenden Morgen brachte die „Times“ den Vortrag und am übernächsten Tag behandelte ein Leitartikel seine Enthüllungen, mit dem Schlußsatz: „Schließt Euch der „Liga zur moralischen Hebung Amerikas“ an.

8.

Als Peter an diesem Tag in sein Bureau kam, fand er einen auf teuerem und auffallendem Papier geschriebenen Brief vor. Der Umschlag zeigte eine spitze Frauenschrift, und als Peter ihn öffnete, erschrak er schier, denn er erblickte ein Wappen, darunter eine lateinische Inschrift und die Worte: „Gesellschaft der Töchter der amerikanischen Revolution“. Der Brief, von einem Sekretär geschrieben, teilte ihm mit, daß Frau Warring Sammye Herrn Peter Gudge bitte, sie um drei Uhr nachmittags aufzusuchen. Peter studierte den Brief, zerbrach sich den Kopf darüber, was für eine Abart Rote Frau Warring Sammye sein könne. Das Briefpapier, der vornehme Ton imponierten ihm, aber Revolution war doch ein verbotenes Wort. Frau Warren Sammye mußte gleich Frau Gott eine Salon-Rote sein.

Peter brachte den Brief Mc Givney, fragte mißtrauisch: „Was ist das für eine rote Verschwörung?“

Mc Givney las den Brief. „Rote Verschwörung? Was wollen Sie damit sagen?“

„Nun ja, die „Töchter der amerikanischen Revolution“.“

Mc Givney blickte ihn an, um zu sehen, ob er scherze; da er jedoch bemerkte, Peter rede im Ernst, lachte er ihm ins Gesicht. „Sie Trottel!“ rief er. „Haben Sie denn nie etwas von der amerikanischen Revolution gehört? Wissen Sie nicht, was der vierte Juli bedeutet?“

In diesem Augenblick klingelte das Telephon, Mc Givney schob Peter den Brief zu, meinte: „Fragen Sie Ihre Frau.“ Als Gladys heimkam, gab ihr Peter den Brief, und sie wurde äußerst aufgeregt. Durch sie erfuhr Peter, Frau Warring Sammye sei eine der vornehmsten Damen der Gesellschaft in American-City und die amerikanische Revolution, deren Tochter sie sich nannte, sei eine vollkommen respektable Revolution gewesen, die sich vor langer Zeit ereignet hatte. Die besten Leute gehörten dieser Gesellschaft an, es war gesetzlich und sogar vornehm, diese Inschrift auf Briefpapier zu haben. Peter müsse sofort seine besten Kleider anlegen, dem Sekretär telephonieren, er kommen mit Freuden Frau Warring Sammyes Aufforderung nach. Inzwischen aber müsse Peter noch einiges studieren. Vor allem die gesellschaftliche Liste: „Wer ist wer in American-City“, außerdem die Geschichte Amerikas, wo er die Unabhängigkeitserklärung lesen und den Unterschied zwischen einer Revolution, die vor langer Zeit gewesen ist, und einer, die jetzt ist, lernen solle.

So suchte denn Peter die große Dame in ihrem grauen Steinpalast auf und fand sie ebenso prächtig wie Frau Gott, bloß mit dem Unterschied, daß sie keinen Augenblick auf ihre Stellung vergaß. Sie beging nicht den Fehler, Peter als ihresgleichen zu behandeln, und Peter dachte auch nicht daran, daß er für immer in ihrem Heim bleiben möchte. Sie erklärte Peter, sie habe von seinem Vortrag gehört, wünsche, er solle bei der „Vereinigung der arbeitsunfähigen Veteranen“, deren Patronesse sie sei, den Vortrag wiederholen. Peter, von Gladys instruiert, sagte, er werde dies gerne als Erfüllung einer patriotischen Pflicht tun. Frau Warring Sammys dankte ihm im Namen des ganzen Landes und versprach, ihm den Tag des Vortrags mitzuteilen.

Peter kehrte heim, und Gladys schnitt ein Gesicht, da sie erfuhr, der Vortrag solle vor gemeinen Soldaten in irgend einer Halle gehalten werden. Sie hatte gehofft, die „Töchter der Revolution“ wollten ihn hören, und das ganze würde in Frau Warring Sammyes Palast stattfinden. Aber schon der Umstand, daß Peter Frau Warring Sammyes Aufmerksamkeit erregt hatte, war ein Triumph. Gladys tröstete sich rasch, erzählte Peter Anekdoten aus Frau Warring Sammyes Leben; man erfährt so allerlei in Maniküre-Salons.

(Fortsetzung folgt.)

Preußischer Landtag

26. Sitzung, Dienstag, den 7. Juni

Kleine Anfragen

Abg. **Buchhorn** (D. Vp.) beschwert sich über die Ernennung des sozialistischen Zigarrenfabrikanten Schropp zum Landrat, obwohl Schropp sich selbst für unfähig gehalten habe. — Ein Regierungsvertreter erklärt, daß eine endgültige Klärung der Angelegenheit unternommen werde, daß Schropp die behaupteten Aeußerungen entschieden bestreite.

Abg. **Rusch** (Komm.) erhält auf seine Anfrage, weshalb den kommunistischen Gastwirtschaftsangestellten die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung unter Ueberschreitung der Polizeistunde versagt worden ist, die Antwort, daß der Polizeipräsident öffentliche Versammlungen nach der Polizeistunde noch in keinem Falle genehmigt hat.

Auf die Anfrage **Klaußner** (U. Soz.) warum das Einsammeln von Beeren und Pilzen in Staatswäldern abhängig gemacht wird von der Entrichtung von 5 M. für Ortsarme, Kriegsbeschädigte usw. und von 10 M. für alle anderen Personen, wird erwidert, daß die Regierung wegen der finanziellen Notlage des Staates die Verfügung nicht zurücknehmen könne.

Der Gesetzentwurf über die Erweiterung des Stadtkreises M.-Gladbach geht an den Gemeindeausschuß.

Fortsetzung der Haushaltsdebatte

Abg. Dr. **Bredt** (Wirtsch. P.): Die sachliche Rede des Finanzministers hat einen vorzüglichen Eindruck auf uns gemacht. Die Steigerung der Beamtengehälter von 600 auf 5000 Millionen ist auffällig. Die Grundsteuer wird für den Staat kaum noch wesentliche Erträge übrig lassen, weil sie von den Kommunen schon sehr stark angespannt ist.

Abg. **Heilmann** (Soz.): Wenn Herr v. d. Osten den Mut hatte, die Regierung wegen angeblicher Versäumnisse in Oberschlesien anzuklagen, so hat er wohl das scheußliche Wort vergessen, das der deutschnationale Führer Hergt im Reichstage gesprochen hat: **„Wir müssen uns bei der Entscheidung über das Ultimatum freimachen von jeder Rücksicht auf Oberschlesien!"** Das ist ein Wort des Verrates an Deutschland, und Sie (nach rechts) haben uns über Oberschlesien nichts mehr zu sagen. Was die Verbreiterung der Regierungsbasis anbelangt, so wollen wir mitarbeiten mit allen, die guten Willen und Opfersinn zeigen. Erfreuliche Spuren dieses Opfersinnes finden sich bei unserer Bruderpartei von links, und diese Haltung der U. S. P. kann auf die Umbildung der Regierung nicht ohne Einfluß sein. Die Rechtsparteien aber haben diesen Opfergeist weder vor, noch nach dem Kriege in Taten bewiesen. Zu sparen gibt es in Preußen nicht mehr viel, am wenigsten an den sozialen und kulturellen Aufgaben. Preußen muß sich eben, ohne auf das Reich zu warten, durch eigene Opfer sanieren. Als seinerzeit das Kabinett Stegerwald gegründet wurde, haben wir Sozialdemokraten verstanden, Herr Stegerwald würde das Kabinett unter allen Umständen nur mit uns, nicht gegen uns bilden. Es hat sich herausgestellt,

daß wir falsch verstanden hatten.

Nun sind am 10. Mai unsere Vertreter wieder bei Herrn Stegerwald gewesen, und er hat erklärt, er werde sofort nach Pfingsten das Kabinett umbilden. Wir haben uns gestern überzeugt, daß wir wieder falsch verstanden haben. (Heiterkeit.) Mit Recht sprach Herr Stegerwald von der großen sozialen Umwälzung, an deren Anfang wir jetzt erst stehen. Glaubt er, daß er diese soziale Umwälzung friedlich durchführen könnte gegen die geschlossene Opposition der deutschen Arbeiterschaft, soweit sie sozialistisch ist, die gegen das jetzige Ministerium unweigerlich fortbestehen wird. (Hört! Hört! b. d. Mehrheit.) **In das Joch der Regierung mit der Deutschen Volkspartei zwingen Sie uns heute noch weniger, als vorher.** Entweder: Sie regieren mit uns, oder Sie regieren gegen die gesamte sozialistische Arbeiterschaft, und dann kommt es zu dem, was im außenpolitischen Interesse jetzt noch vermieden werden müßte: **dann kommt es zur Auflösung und zu neuem Kampf.** (Allgemeine Bewegung.) Wir haben bei diesem Kampf nichts zu verlieren, wir sehnen die Stunde herbei, wo wir, ohne eine Verantwortung für außenpolitische Schäden zu tragen, hineingehen können in den frisch-fröhlichen Kampf gegen Reaktion und Arbeitertrust. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Landwirtschaftsminister **Warmbold** hält nunmehr seine Rede zum Landwirtschaftsetat, die bereits in der gestrigen Abendausgabe veröffentlicht worden ist.

Abg. **Wallraff** (Dn.): Ohne Disziplin im Beamtenkörper ist jede Verwaltung unmöglich. Wenn Reichsminister und Landesminister gegeneinander auftreten, so geben sie damit ein schlechtes Beispiel.

Ministerpräsident Stegerwald

Seit ich die größeren politischen Zusammenhänge gesehen habe, hat sich in mir ein starkes nationales Empfinden entwickelt. Die schwierige Stellung der Führer der Mehrheitssozialisten erkenne ich an. Nachdem sie 50 Jahre den Kampf gegen den Staat geführt haben, müssen sie jetzt dafür sorgen, daß die Massen mit dem Staat verwachsen. (Zuruf b. d. Soz.: Sie sind ja Nationalist!) Mein nationales Empfinden hat mit Alldeutschtum nichts gemein. Auch heute halte ich noch den Grundgedanken der Friedensresolution von 1917, an den mich Herr Heilmann erinnert hat, für richtig. Aber die Inszenierung war falsch. Ich will den Staatshaushalt wieder in Ordnung bringen. Wenn mich der Landtag dabei im Stich läßt, dann bleibe ich nicht Ministerpräsident. Regierungsumbildungen im Reich und in Preußen sind bisher erfolgt nur aus außenpolitischen Gründen oder unter innerpolitischem Druck. Aus außenpolitischen und innerpolitischen Gründen kann die jetzige Regierung nicht zurücktreten. Wir müssen so viel Steuern zahlen, wie nur immer von der deutschen Wirtschaft aufgebracht werden können. Ich habe keine besondere Zuneigung zur Deutschen Volkspartei. (Lachen links.) Die Koalition, die sich bildet, muß auf Gedeih und Verderb zusammenarbeiten für das Ziel: Wir wollen arbeiten, wir wollen opfern, wir wollen aufwärts! (Beifall.)

Abg. Dr. **v. Campe** (D. V. P.): **Die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten haben uns sympathisch berührt.** (Zuruf links: Versteht sich!) Sie waren getragen von dem Bewußtsein politischer Verantwortlichkeit.

Abg. **Schulz-Neukölln** (Komm.): Im Hause ist Freude über die Erklärung des Ministerpräsidenten, die die Lasten auf die breiten Massen gelegt wissen will. (Widerspruch i. d. Mitte.) Man spricht so viel von Sparsamkeit. Bei der Soldateska und bei den schwarzen Gendarmen, den Pfaffen, wird nicht gespart. Napoleon-Feiern wären noch eher möglich, als Hohenzollern-Feiern. **Denn dieses verruchte Hohenzollernpack und Fürstenpack, das die eigenen Landeskinder verkaufte, und das aus dem Menschenverkauf gewonnene Geld verfressen, versoffen und verhurt ...** (Der Präsident erteilt dem Redner einen Ordnungsruf und ersucht den Abg., doch auf die Gefühle der anderen Abgeordneten Rücksicht zu nehmen.) Der Abg. v. d. Osten verlangt Glaubwürdigkeit für seine Worte. Aber wie steht es denn mit seinem Parteifreund Graef, der sich hier herstellt und **Greuelmärchen aus Mitteldeutschland** erzählt. Von einem Pazifisten gestellt, mußte Herr Graef zugeben, daß er nichts Genaues über die Greueltaten wisse. Der Pazifist wurde an das Deutschnationale Parteisekretariat in Merseburg verwiesen. Aber dies konnte Herrn Graef nicht aus der Verlegenheit befreien. **Herr Graef hat bewußt die Unwahrheit gesagt und uns bewußt verleumdet.** Dieser Lügenbeutel Graef (Der Präsident erteilt Schulz einen zweiten Ordnungsruf.) Der Herr Präsident will also nicht, daß hier ein Lügner Lügner genannt wird. Die Rede Stegerwalds zeigt den Anbruch des Kampfes der Kapitalisten gegen die Volksmassen. **Wir nehmen den Kampf auf;** denn wir sind sicher, daß er mit dem Siege des Proletariats endet.

Abg. Dr. Cohn (U. S. P. D.):

Es ist auffällig, daß der preußische Etat für 1921 beinahe **zwei Milliarden für die Schutzpolizei auswirft,** aber nur ebensoviel für die Volksbildung. Etwas mehr als eine Mark auf 1000 Mark der Schutzpolizei entfallen auf die Gesundheitspflege im eigentlichen Sinne (Hört! Hört! b. d. U. Soz.), genau 24,5 Millionen Mark gegenüber annähernd 2 Milliarden Mark bei der Schutzpolizei. Etwas mehr als 2 M. auf 1000 M. Schutzpolizei, nämlich im ganzen 44 200 000 M., setzt der Etat für 1921 für die Jugendwohlfahrt aus, und noch nicht 3 M. auf 2000 M., nämlich im ganzen 27 800 000 M., sind im Etat ausgeworfen für die allgemeine Fürsorge. **Das ist ein auffälliges Mißverhältnis zwischen den wirklich produktiven Ausgaben für die wahre Bevölkerungspolitik und den unproduktiven Ausgaben für die äußeren Machtmittel des Staates gegenüber der Kulturbewegung der Arbeiterparteien.**

Wir haben auch die größten Bedenken gegen den Satz, den heute der Landwirtschaftsminister ausgesprochen hat über die Schaffung erhöhter Sicherheit auf dem Lande. Dieser Satz ist nur geeignet, **alle die Bestrebungen von Grundbesitzern nach Aufrechterhaltung ihrer noch nicht entdeckten Waffenlager und nach Beibehaltung der unter dem Namen Arbeitsgemeinschaften bei ihnen untergebrachten Orgeschleute der früheren Reichswehrmannschaften zu unterstützen.** (Sehr richtig! b. d. U. S. P.) Nur in der restlosen Entmilitarisierung des Landes und der Geister ist die Wirtschaftsfähigkeit des Landes wiederzugewinnen, die wiederzugewinnen Ihnen ja allen als Ziel vorschwebt. Nicht allein um die tatsächliche Abgabe der Waffen handelt es sich bei der erzwungenen und noch mehr bei der freiwilligen Entmilitarisierung Deutschlands;

der Militarismus ist vor allem auch eine Gesinnung.

An dem Gesinnungswechsel liegt es, daß Deutschland noch immer nicht seine Stellung in der Welt begriffen und einen Anfang zur Wiedererlangung seiner Wirtschaftsfähigkeit gemacht hat. **Wir sehen auf anderen Gebieten des Staatslebens, daß der alte militaristische Geist noch in vollem Leben ist.** Die Behandlung der oberschlesischen Angelegenheit im Munde des Herrn Ministers des Innern und im Munde des Herrn Ministerpräsidenten verriet diesen Geist des Machtglaubens, und auch die Behandlung mancher Erscheinungen des Kampfes, der sich jetzt in Oberschlesien abspielt: die Behandlung polnischer Staatsangehöriger in Oberschlesien, aber ebenso in den Lagern Kottbus und Stargard beweist, daß man über den Machtgeist noch nicht hinweggekommen ist, daß die Geister noch immer an den Krieg und an eine kulturfördernde Wirkung des Krieges glauben. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.)

Der Herr Ministerpräsident hat, um die Wirtschaftsfähigkeit wiederzugewinnen, nichts anderes gewußt, als allen Kreisen der Bevölkerung

Einschränkung der Bedürfnisse

zu predigen. Es ist in hohem Maße auffallend, daß der Herr Ministerpräsident, nervös gemacht durch einige Zwischenrufe von der äußersten Linken, sich gestern sogleich gegen die Linke gewendet und ihr zugerufen hat: **Wenn ein Volk einen solchen Krieg liquidieren soll, können nicht die Besitzenden allein die Lasten aufbringen.** In dieser Allgemeinheit hingesetzt und ins Land hinausgeworfen, muß dieser Satz wiederum als eine Ermutigung **für alle Besitzenden genommen werden, die nach dem Verluste des Krieges die Lasten des Krieges und der Niederlagen durch die anderen zahlen lassen wollen.** Ich komme noch darauf, wie wenig der Herr Ministerpräsident Anlaß und Recht gehabt hat, den ärmeren Bevölkerungsklassen eine Einschränkung ihres Lebensbedarfs zu predigen. Ich möchte nun diese Betrachtung nicht abschließen, ohne ausdrücklich zu erklären, daß, wie die Wiedergewinnung der Wirtschaftsfähigkeit Deutschlands ein internationales, ein europäisches, ja ein Weltproblem ist, so auch **die Ausrodung des militaristischen Geistes kein deutsches, sondern ein europäisches Problem ist.** Sie werden aber mit Recht namentlich vom französischen Militarismus nicht den Abbau verlangen, solange Sie nicht seine Nährwurzeln trockenlegen. **Deutschland kann keine bessere Politik für sich selbst und im europäischen Sinne führen, als sich in allen öffentlichen und privaten Einrichtungen mit dem friedlichen Geiste zu erfüllen, der dem französischen Schutzmilitarismus die Existenzberechtigung entzieht.** Die Kinderfürsorge, der Wohnungsbau, die Bereitstellung von Mitteln für eine soziale Politik, kurz jede Ausgabe für eine wahre und produktive Bevölkerungspolitik wird sich in viel höherem Maße verwirklichen lassen, wenn durch eine geschickte auswärtige Politik, die auf einer guten und friedlichen inneren Politik aufgebaut ist, **die Existenzberechtigung des französischen Schutzmilitarismus vermindert, beseitigt und damit Deutschland von den Besatzungskosten frei wird.**

Der Herr Reichskanzler hat, wie hier schon wiederholt zitiert worden ist, das deutsche Volk aufgefordert,

durch Arbeit zur Freiheit

zu gelangen. Mit der Verminderung der unproduktiven Ausgaben und mit der Bereitstellung von Mitteln für wirkliche Produktionspolitik, nicht nur sachliche, sondern vor allem auch Menschenproduktionspolitik, werden wir auch erst ein deutsches Volk gewinnen, das frei, bereit und spannkräftig genug ist, in diesem Sinne durch Arbeit zur Freiheit an der Gestaltung seines Schicksals mitzuwirken, mitzuwirken an einer Umschaffung der Produktion, an einer Steigerung auch der Aufnahmefähigkeit des deutschen Volkes und damit wiederum zu einer Erhöhung seiner Leistungsfähigkeit.

Vor einigen Wochen gingen durch die Presse interessante Ziffern, die der Warenhausbesitzer Tietz in einem Artikel zusammengestellt hatte. Dieser Sachkenner der Warenverteilungsanstalten berechnet, daß die Aufnahmefähigkeit der Bevölkerungskreise, die in den

Warenhäusern

ihren Bedarf an Textilien, Wirtschaftsgegenständen und dergl. decken, auf ein Fünftel des Betrages und der Masse gegenüber der Zeit vor dem Kriege gesunken ist. Gegenüber dieser Feststellung eines Sachkundigen nimmt es sich sehr eigenartig aus, wenn der Ministerpräsident insbesondere auch die ärmeren Bevölkerungsschichten zur Einschränkung ihres Bedarfs und ihres Verbrauchs aufruft. Demgegenüber wissen wir alle, **wie wenig im Verfolg des Krieges und wieviel weniger noch in der Nachkriegszeit die Lebenshaltung auf dem Lande gegenüber der Lebenshaltung in der Stadt gesunken ist.** (Sehr wahr! bei den U. Soz.) **Fragen Sie in den mittleren und kleineren Städten die Kaufleute, die Manufakturwaren, Klaviere, Maschinen, Beleuchtungskörper und dergleichen vertreiben: Sie werden Ihnen alle berichten, daß der Stamm ihrer Kundschaft sich vollständig geändert hat, daß das städtische Element immer mehr und mehr zugunsten der ländlichen Kunden abgewandert ist, daß heute in den mittleren Städten der Hauptkonsument an Seidenstoffen und wertvolleren Woll- und Baumwollstoffen der größere, aber auch der mittlere und kleinere Besitz ist.**

Wie aber lebt das Proletariat, das nach der Meinung des Herrn Ministerpräsidenten noch zur Herabsetzung seiner Ausgaben aufgerufen werden muß? Wie stirbt denn das Proletariat, wie sind jetzt seine Sterblichkeitsziffern? Unser Bevölkerungszuwachs vor dem Kriege war bekanntlich nicht mehr Geburtenüberschuß, sondern nur noch Heraufsetzung des Sterblichkeitsalters, im wesentlichen eine glückliche Folge des vor 30 Jahren begonnenen Kampfes gegen die Tuberkulose, und heute, geehrte Versammlung,

sind wir in diesem Kampfe gegen die Tuberkulose um 30 Jahre zurückgeworfen.

Die Tuberkulose hat furchtbare Sterblichkeitsziffern wieder zur Folge gehabt. **Diese 30 Jahre sind aus der Entwicklung ausgestrichen, um diese 30 Jahre ist das deutsche Volk durch den Krieg und durch die, die ihn verursacht haben, betrogen.** Wie leben die Kinder der armen Bevölkerungsklassen, des Mittelstandes, bis hoch hinauf in die Schichten, die früher als wohlhabender Mittelstand bezeichnet wurden? **Die ungeheure Sterblichkeitsziffer der Kinder gibt die Auskunft auf diese Frage.** Daher wiederhole ich: **Die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten waren geeignet, das Vertrauen breiter Bevölkerungsschichten in die Gerechtigkeitsliebe des Herrn Ministerpräsidenten auf dem Steuergebiete, auf dem Gebiete der Volkswohlfahrt und der Hebung der Produktivität zu erschüttern.** (Sehr wahr! bei den U. Soz.)

Von dieser gesamten unrichtigen Einstellung aus **erklären sich auch die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten über**

das Steuerproblem.

Man kommt mit den alten, überholten Mitteln auf dem Gebiet der steuerlichen Erfassung des Einkommens, des Vermögens nicht mehr weiter. Preußen kraft seiner Bedeutung für das Reich muß bei sich selbst zunächst einmal die Ueberzeugung gewinnen und durchsetzen, daß das Steuerproblem bei der jetzigen Lage der Dinge nichts ist als ein Problem der Mehrwerterfassung. **Nur aus dem Mehrwert, der bisher in die Taschen der privilegierten Kapitalbesitzer fließt, ist auf die Dauer ein lohnendes, zur Reparation, zur Erfüllung des Friedensvertrages genügendes Steueraufkommen zu gewinnen. Dazu ist natürlich ein anderer Staatsaufbau nötig.** Auch hier bewegt sich die Staatsregierung in den alten Denkformen. Wir haben bei der Beratung der Verfassung die Aufmerksamkeit des Landes darauf hingelenkt, wie sehr notwendig es ist, den Aufbau des Staates unter Abstoßung der historischen Formen der Provinzen und Kreise nach produktiven, nach wirtschaftsgeographischen Gesichtspunkten zu erneuern. Jetzt steht man vor der Notwendigkeit, unerhörte Summen aufbringen zu müssen. Man kann sie nicht in den alten Formen der Staatsverwaltung aufbringen, die mit viel zu großen Reibungen und mit viel zu großen unnützen Kosten verbunden sind, ohne das Kernproblem zu erfassen, nämlich die Steigerung der Produktivität des ganzen Volkes und des ganzen Staatswesens. Deswegen muß in diesem Augenblick die Frage von neuem gestellt werden, **ob die Verfassung nicht jetzt schon veraltet ist, ob sie nicht ein unfertiges Werk ist, das schleunigst entsprechend den Forderungen, deren Bedeutung das deutsche Volk zu begreifen beginnt, geändert werden muß.** (Sehr richtig! bei den U. Soz.) Was soll in der Verfassung, die dem heutigen Bewußtseinszustand entsprechen würde, der Staatsrat, um nur ein Beispiel zu nennen? (Sehr wahr! bei den U. Soz.) Jeder Pfennig für den Staatsrat — und ich höre, es sind nicht allzu wenige Pfennige, die die Sitzungen des Staatsrats kosten sollen — ist weggeworfenes Geld.

Die Befreiung von dem Druck, der auf dem deutschen Volk, wie auf allen europäischen, wie auch auf dem amerikanischen, wie auf allen Völkern lastet, die an dem Krieg beteiligt waren, kann nur aus den Tiefen, aus den Massen aller leidenden Völker kommen, auf deren Schultern alle Last und aller Fluch des Krieges gelegt worden ist. (Sehr gut! bei den U. S.) **Der Weltkrieg ist überwunden worden durch den Gewaltfrieden der Sieger. Die Sieger können und werden überwunden werden durch die Massen der leidenden Völker, die sich von den unwirtlichen Gestaden des weißen Meeres bis in die Tropensonne Afrikas und von der uralten Wiege der Menschheit in Indien bis an den Atlantik zusammengeschlossen haben, und wo jeder in seiner Sprache, jeder aber mit dem Geist des andern fühlt und spricht: wir sind und wollen sein ein einig Volk von Brüdern, das sich zusammenschließt in seiner Not gegen den gemeinschaftlichen Feind, das sich zusammenschließt zum Kampf für den Sozialismus gegen den Kapitalismus, gegen jede Unterdrückung und für die Befreiung des Menschengeschlechts.** (Lebhafter Beifall bei den U. S.)

Nach einer Rede des Demokraten **Schreiber** (Halle) und nach einigen persönlichen Bemerkungen vertagte sich das Haus auf **Dienstag, den 14. Juni, nachmittags 2 Uhr.**

•

Mandatsniederlegung. Im Einverständnis mit den Zentralinstanzen hat der Gen. Ludwig-Hagen sein Mandat zum Preußischen Landtage niedergelegt. Er ist seit einiger Zeit in der Zentrale der Partei tätig und deshalb außerstande, neben dieser Tätigkeit das Mandat zum Reichstag und Landtag auszuüben. An seine Stelle folgt auf der Landesliste Genosse K. Bock-Magdeburg.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Für die Berliner Distrikte 1—18 ist zu empfehlen, am Schluß des Zahlabends die Bezirksstempel einzuziehen und dem Distriktsleiter zu übermitteln, damit ein Austausch der Stempel unter den Distrikten wegen der veränderten Nummern erfolgen kann. Die Stempel können dann im Verbandsbureau distriktsweise zum Austausch abgegeben werden. Die Geschäftsleitung.

Verwaltungsbezirk Berlin-Mitte. Die Vollversammlung sämtlicher Distrikte ist am 15. Juni, 6½ Uhr, im Bürgersaal des Rathauses. Die Distrikte werden aufgefordert, an den Zahlabenden auf diese wichtige Versammlung hinzuweisen.

Mittwoch, 8. Juni

1. Distrikt (Berlin-Mitte). 1. u. 2. Abteilung. Zahlabend bei Hagen, Stralauer Brücke 8.

1. u. 5. Distrikt (Hallesches Tor). Zahlabend in folgenden Lokalen: 1. Abteilung bei Keller, Wassertorstraße 71; 2. und frühere 4. Abteilung bei Schweikardt, Alte Jakobstraße 24, Vortrag Genosse Eckert; 3. u. 5. Abteilung bei Kolbe, Brandenburgstraße 22; 4. u. 6. Abteilung bei Schirm, Charlottenstraße 8; 5. Abteilung bei Lehmann, Hallesches Ufer 14.

7. Distrikt. 3. Verwaltungsbezirk (Wedding). Abends 7 Uhr gemeinsamer Zahlabend der 2. u. 3. Abteilung bei Klatt, Bernauer Straße 14. Zahlreiches Erscheinen unbedingt notwendig.

Alter 7. Distrikt (jetzt 18.). 7. Abteilung. 7 Uhr gemeinsamer Zahlabend bei Krüger, Königsberger Straße 9.

8. Distrikt. 7. Abteilung. **Zahlabend bei Bünning, Petersburger Straße 14,** und Busch, Tilsiter Straße 27.

10. Distrikt (jetzt 14., Prenzlauer Tor). 1. Abteilung. Zahlabend bei Büttner, Schwedter Straße 3, abends 7 Uhr.

10. Distrikt (alte 5. Abteilung). Abends 7 Uhr Vortrag im Rosenthaler Hof.

11. Distrikt (früher 9.). 5. Abteilung. Zahlabend bei Kalles, Wins-, Ecke Danziger Straße.

14. Distrikt. Für die Bezirke des neuen Hansaviertels ist der Zahlabend bei Ruder, Jagowstraße 18.

20. Distrikt. Zahlabend für 2. Abteilung, Stadtbezirk 20 bei Pötzold, Wrangelstraße 10; Stadtbezirke 100—102 bei Freudiger, Pücklerstraße 39.

6. Verwaltungsbezirk (Hallesches Tor). 20. Distrikt (früher 4. Distrikt). 6 Uhr Abteilungsführer Material abholen bei Eber, Naunynstraße 9.

6. Verwaltungsbezirk (Hallesches Tor). Die zu heute 7 Uhr angesagte Fraktionssitzung der Bezirksverordneten findet um 5½ Uhr statt.

18. Bezirk. Das Zahlabendlokal befindet sich jetzt Eberstraße 13 bei Storbeck. Die Genossen und Genossinnen werden gebeten, die Verlosungsgegenstände zum Frühlingsfest am Sonnabend, den 11. Juni, im Wilhelmshof, Eberstraße 80, mitzubringen. Die Zahlabende in den anderen Bezirken finden in den bekannten Lokalen statt.

Neukölln. Bezirksversammlungen, abends 7 Uhr: 3. Bezirk, Vannierstraße [illegible] (früher Mehner), Vortrag über Syndikalismus und Sozialismus; 17. Bezirk, Kophenil, Thomas-, Ecke Bodestraße; 23. Bezirk bei Vogel, Biebricher, Ecke Mainzer Straße, Vortrag des Genossen Waldheim.

Schöneberg-Friedenau. Die dritte Gruppe (7., 8., 9. Bezirk) hat gemeinsamen Zahlabend in der Fichteschule, Kolonnenstraße 24, Musiksaal.

Ortsgruppe Tempelhof. Der Zahlabend für den Nord- und Südbezirk findet im Lokal von A. Hoffmann, Berliner Straße 143, statt.

Tegel. Die Anmeldungen zum Vorbereitungsunterricht für die im Herbst stattfindende Jugendweihe nimmt entgegen Genosse Franz Krumnow, August-Müller-Straße 6.

Südende. Zahlabend bei Strehlau, Lichterfelder Straße. Vortrag des Genossen Poetsch über Steuerfragen.

Charlottenburg. 4. Abteilung. Amtsgerichtsgruppe. Gemeinsamer Zahlabend bei Thelen, Kaiser-Friedrich-Straße 45.

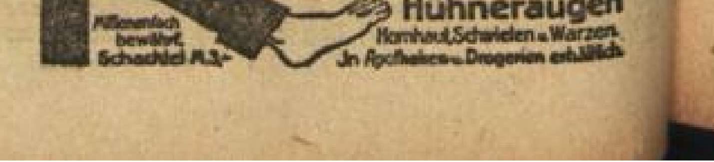
Verwaltungsbezirk Charlottenburg. 7 Uhr Abteilungszahlabend der 1. Abteilung in der „Rohrtappe".

Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald. Zahlabend. 1. Abtlg. bei Sandmann, Westfälische Str. 42. Vortrag des Genossen Redakteurs Jakoby über U. S. P. und Regierung Wirth. — 2. u. 3. Abteilung im Restaurant Albert Krukat, Homburgische Straße 21. Genosse Landtagsabgeordneter Meier-Berlin spricht über die äußere und innere Politik. — 4. Abteilung bei Dubrow, Saalfelder-, Ecke Weimarische Straße. Referent: Genosse Sehnert von der Betriebsrätezentrale. — Schmargendorf—Grunewald. Im „Wilden Eber", Warnemünder Straße, Vortrag des Genossen Claus.

Reinickendorf-West. Die Spedition befindet sich von jetzt ab im Volkshaus, Scharnweberstraße 114-115.

Steglitz. Auch für unseren Ort gilt die allgemeine Bekanntmachung betreffs des Zahlabends. — **Wir machen die Bezirksleiter darauf aufmerksam, daß in Zukunft Zahlabendsbekanntmachungen nicht mehr besonders veröffentlicht werden. Für die Bekanntgabe der Lokale müssen die Funktionäre Sorge tragen.**

Vereinskalender

Mittwoch, 8. Juni

Transportarbeiter. Branche der Privatwächter. Morgens 9 Uhr im Lokal von Schirm, Charlottenstraße 7—8, große Branchenversammlung aller auf Bauten, ... und Lagerplätzen, Fabriken, Geschäfts- u. Industriehäusern beschäftigten Wächter.